

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

fowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühren),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stantigh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 7, Felsenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreizehnpennige Beilage oder deren Raum 30 S.

Verbandskollegen! Agitiert kräftig für die Stärkung der Organisation. Halte Eueren im Lohnkampf stehenden Kollegen den Rücken frei.

Die Gewerkschaftsbewegung in Frankreich.

Von Josef Steiner, Paris.
I.

Dem deutschen Gewerkschaftler werden viele Erscheinungen des gewerkschaftlichen Lebens in Frankreich unverständlich erscheinen, er wird leicht geneigt sein, sie auf das herbe zu verurteilen. Wir haben in Frankreich zur Zeit eine große Bewegung, die zum Ziele hat, vom 1. Mai 1906 an allgemein den Achtstundentag einzuführen; wir haben innerhalb der Gewerkschaften die antimilitaristische Propaganda, wir haben die Pflege der Generallstreiks als Allheilmittel, wir sind gewöhnt, täglich große Streiks ohne jede Vorbereitung ausbrechen zu sehen, wir sehen eine hitzige antiparlamentaristische Richtung in führender Stellung —, alles Erscheinungen, die auf den deutschen Gewerkschaftler bestrebend wirken müssen. Um nun alle diese Erscheinungen in der Gewerkschaftsbewegung eines der größten Länder Europas begreifen und würdigen zu können, ist es nötig, auf ihre Geschichte zurückzugehen und ihre Entwicklung zu verfolgen. Der Versuch hierzu sei in den kurzen Strichen, die im Rahmen eines Gewerkschaftsblattes geboten sind, gemacht.

Die große französische Revolution von 1789—1793 hob die alten Zünfte auf, führte die Gewerbefreiheit ein und schuf damit den Boden, auf dem sich notwendig die moderne Gewerkschaftsbewegung entwickeln mußte. Das Dekret vom 1.—17. März 1791 hatte die Zunftverfassung aufgehoben, das Dekret vom 14.—27. Juni 1791 verbot nicht nur jede sachliche Vereinigung der Unternehmer, sondern auch der Arbeiter. Diese Bestimmungen, die die Gewerkschaftsbewegung erdroffelte, ehe sie noch geboren war, wurde in den Napoleonischen Code pénal (Strafgesetzbuch) übernommen und im Jahre 1834 infolge der Umstände, die natürlich überall, wo sich die Industrie entfaltet, besonders in der Textilindustrie, trotzdem ausbrachen, noch verschärft. Erst im Jahre 1864 wurde das Streikrecht der Arbeitern wohl oder übel zugesprochen, aber auf jene hinterlistige Manier, die der Populärtheorie Napoleon III. eigen war. Streikfeiern durften die Arbeiter wohl, aber sie wurden bestraft, wenn sie mit ihrem „Koalitionsrecht“, infolge eines verabschiedeten Planes die freie Ausübung der Industrie und der Arbeit verletzten“, d. h. sie bekamen eine Waffe, bei deren Gebrauch sie sich selbst verurteilten. Erst im Jahre 1884 wurde ein Gewerkschaftsgesetz geschaffen.

Es bliebe noch zu untersuchen, wie weit das hinterlistige Gewerkschaftsrecht von 1864 dazu beigetragen hat, daß bis heute die meisten Streiks in Frankreich unvorbereitet ausbrechende Empörungen geblieben sind. Das von Waldeck-Roussieu geschaffene Gewerkschaftsgesetz gibt allen in Industrie, Handel und Landwirtschaft Beschäftigten das uneingeschränkte Koalitionsrecht. Es besteht nur eine einfache Anzeigepflicht bei der Gründung. Die einzige Beschränkung ist, daß der Vorstand aus volljährigen Franzosen bestehen muß. Für etwaige Unterstützungseinrichtungen muß jedoch gesonderte Rasse geführt werden; die aus der Gewerkschaft austretenden Mitglieder behalten jedoch an den Unterstützungskassen ihre Rechte. Diese gesetzliche Bestimmung mag manches dazu beitragen, daß die Unterstützungseinrichtungen in den französischen Gewerkschaften nur ganz vereinzelt

geblieben sind. Gleichwohl ließe sich das — nach meiner Meinung — regeln, wie sich ja auch die deutschen Gewerkschaften der Unterstellung unter das Versicherungsgesetz zu entziehen gewohnt haben.

Die ersten Arbeiterorganisationen mußten unter den oben skizzierten Bedingungen notwendig geheime Verbindungen bleiben. Daß die eigentlichen gewerkschaftlichen Organisationen erst spät in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden, ist auf andere, härtere als papierene gesetzliche Bestimmungen wirkende Ursachen zurückzuführen. Von einigen wenigen Industrien abgesehen, vornehmlich der Textil- und der Metall- und Gütenindustrie, vollzog und vollzieht sich die industrielle Entwicklung in Frankreich nur sehr langsam. Eine nähere Untersuchung der Ursachen dieser Erscheinung würde hier zu weit führen. Als Hauptursachen erscheinen auf den ersten Blick die minimale Bevölkerungszunahme und der natürliche agrarische Reichtum. Frankreich ist auch heute noch ein zur größeren Hälfte agrarisches Land.

Außer dieser langsamen industriellen Entwicklung beeinflusste vor allem das rege politische Leben die Organisationen der Arbeiter. Frankreich hat vom Ende des 18. bis im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts eine Anzahl politischer Revolutionen und Bewegungen erlebt.

Vom Ausbruch der großen Revolution bis zum Sturz der Napoleonischen Säbelherrschaft im Jahre 1815 kam es überhaupt nicht zur Ruhe. Es folgte die Reaktionsperiode der Bourbonen, die „Restauration“, die mit Gegenkämpfen ausgefüllt wurde, die Juli-revolution von 1830, in der die Arbeiter ihr Blut vergossen, um den „Bürgerkönig“ auf den Thron zu erheben, der schließlich 1848 davonjagt wurde. Der Februarrevolution von 1848, in der die Arbeiter die Bourgeoisrepublik mit ihren Knochen errichteten, folgte die fürchterliche Zunftschlacht, in der 15—20 000 Arbeiter umkamen, weil sie ihren Platz in der Republik verlangten. Es kam der Staatsstreich Napoleons III., seine kriegerischen Unternehmungen, die schließlich mit dessen Sturz und der Errichtung der dritten, der kapitalistischen Republik endeten. Das Finale war der grausige Kampf der Bourgeoisie gegen die Kommune. Keine Revolution hat solch ungeheure Opfer gekostet als die Sache der Bourgeoisie. Zu Zehntausenden erschossen, zu Zehntausenden eingekerkert und verbannt, war die Arbeiterbewegung Frankreichs für lange ihrer besten Kräfte beraubt. Eine Kirchhofsruhe trat ein, die selbst die Bourgeoisie ängstigte und so suchte sie eine „Arbeiterbewegung“ zu fördern.

Man subventionierte Arbeiter und schickte sie auf die Weltausstellungen von Wien und Philadelphia, protegierte Unterstützungskassen, Dinge die die Bourgeoisie Napoleon III. abgedacht hatte und gestattete schließlich im Jahre 1876 in Paris einen Kongress dieser durchweg lammsinnigen Organisationen, der auch in aller „Ordnung“ verlief. Indessen kehrten die geflüchteten Kommunisten allmählich zurück, unter ihnen Jules Guesde (spr. Schül Gäd) im Jahre 1876; der das geistige Haupt der Sozialisten wurde. Die sozialistischen Ideen breiteten sich wieder aus, Streiks hatten schon im Jahre 1872 wieder stattgefunden. Die Auswirkungen der sozialistischen Lehren vom Klassenkampf und der Befreiung der Arbeiter aus dem kapitalistischen Joch zeigten sich bereits recht deutlich auf dem zweiten Kongress im Jahre 1878 in Lyon, wenn auch die Harmonieübeler noch die Oberhand hatten. Eine im sozialistischen Geist eingebrachte

Resolution erhielt nur acht Stimmen. Doch nunmehr ging es mit den Harmonieübeler, die den Namen „Positivisten“ führten, rapid abwärts und eine Klassenbewußte, vom sozialistischen Geist durchhauchte Arbeiterbewegung brach sich Bahn. Eine Reihe von Ereignissen, das Verbot des Pariser Kongresses, die Verhaftung Jules Guesdes, die Bewegung für die Amnestie der Kommunisten, die Wahl Blanquis, des alten Revolutionärs, all das verfestete seine Wirkungen nicht. So kam es, daß die von den Guesdisten auf dem Gewerkschaftskongress in Marseille im Jahre 1879 eingebrachte Resolution, die eine sozialistische Prinzipien-erklärung und das Organisationsstatut einer unabhängigen Arbeiterpartei enthielt, mit mehr als Zweidrittelmehrheit angenommen wurde. Die Entwicklung der Bewegung ins einzelne auch nur zu registrieren, ist hier nicht möglich. Es seien hier nur kurz noch die wichtigsten Momente zusammengefaßt.

Die langsame industrielle Entwicklung, die vollständige politische Ohnmacht in einem Lande, trotz dem allgemeinen, gleichen Wahlsrecht, die Un- erfahrenheit in wirtschaftlichen Kämpfen, brachten es mit sich, daß die Gewerkschaften sich nur langsam entwickelten. Am meisten litt die Bewegung durch den Bruderkrieg, der alsbald unter den Sozialisten ausbrach. Im Jahre 1880, auf dem Kongress zu Haare, wurde die Partei gegründet und bereits im Jahre 1882 trat die Spaltung ein, der bald eine zweite Spaltung folgte, so daß es drei sozialistische Parteien gab. Außerdem existierten noch die Zirkel der Blanquisten. Erst 1905 erfolgte die Einigung. Inzwischen zerriß nicht nur die Spaltung der Partei die Gewerkschaften, sie verbanderte auch die sozialistische Auffassung, stößte den Arbeitern vor den Politikern einen Abscheu ein, so daß die antiparlamentarische Richtung unter den Gewerkschaften die Oberhand gewann. Anarchisten und anar- chisierende Elemente gelangten an die Oberfläche und auf dem Kongress zu Nantes im Jahre 1894 kam es über den Generallstreik zum Bruch zwischen den Gewerkschaften Guesdistischer Richtung und den Antiparlamentaristen. Die Antiparlamentaristen, deren Wortführer der Advokat und jetzige Minister Aristide Briand war (das ist derselbe Briand, der sich auf dem Kongress zu Amsterdam nicht genug in der Propaganda des Generallstreiks tun konnte. Wird er als Minister auch noch den Generallstreik fördern? D. Red.), verlangten die Proklamierung des Generallstreiks als Mittel der sozialen Revolution unter Beiseitelassung aller anderen Mittel. Sie legten mit 67 gegen 37 Stimmen bei 9 Enthaltungen. Die Sozialisten zogen sich zurück und seitdem haben die antiparlamentaristischen Generallstreikler die Führung in den Gewerkschaften.

„Sozialdemokratische Maurerweisheit“ und pfäffischer Schwindel.

Dem kirchlichen „Fränkischen Volksblatt“ haben wir kürzlich in dem Artikel: „Der Grundstein hat das Wort“ (Nr. 12 unseres Bl.) auf gegen uns gerichtete gehässige und dumme Angriffe eine Antwort gegeben, von der wir überzeugt sind, daß sie ihren Eindruck zu unseren Gunsten auch auf weite Kreise der katholischen Arbeiter nicht verfehlt hat. Daß die kirchliche Presse in ihrem fanatischen blinden Eifer, die katholischen Arbeiter gegen die Sozialdemokratie und die freie, selbständige gewerkschaftliche Organisation zu verheizen, nicht jachlich, vernünftig und ehrlich gegen uns kritisieren kann, ist eine alte Erfahrung. Sie kann gar nicht anders, als ihre Zucht zu allerletzt theologisch im Summum nehmen. Das

„Fränkische Volksblatt“ und andere kirchliche Blätter bringen eine sich mit unserem oben erwähnten Artikel beschäftigende „Abwehr“, heißt „Sozialdemokratische Maurerweisheit“. Jenes Blatt hatte einer unserer Ausführungen gegenüber, daß die ewige, unerschöpfliche und allmächtige Naturkraft die Quelle alles Lebens sei, die übernatürliche Bemerkung gemacht:

„O Weisheit, laß nach! Und woher denn die ewige allmächtige Kraft? Wie erhaben steht demgegenüber das christliche Kind da, welches die Händchen faltet und den Blick zum Himmel gerichtet betet: Ich glaube an Gott den Vater, allmächtigen Schöpfer des Himmels und der Erde!“

Darauf hatten wir geantwortet:

„O kirchliche Weisheit, halt ein! Der Glaube des christlichen Kindes hat nichts gegen die Offenbarung der Wirklichkeit, mit dem von der wissenschaftlichen Forschung erbrachten Nachweis, daß die dogmatische Lehre, ein allmächtiger Gott habe die Welt in sechs Tagen „erschaffen“, ein frommes Märchen ist, das sich den Schöpfungsgeschichten der Mythologie der alten Völker anpaßt.“

In dem kirchlichen Abwehrartikel nun, der offenbar dazu bestimmt ist, die Kunde durch die Zentrumsblätter zu machen, heißt es u. a.:

„Sollte es (der „Grundstein“) meinen, daß es christliches Dogma sei, daß Gott die Welt in sechs Tagen erschaffen habe — so sei er hiermit aufgefordert, den Nachweis zu erbringen, wann, wo und mit welchen Worten das kirchliche Bekenntnis, durch welchen Konzilsbeschluss und durch welche lehrmäßige Entscheidung eines Papstes das Dogma gegeben wird, also als ein Glaubenssatz, der von den Katholiken geglaubt werden muß, daß die Welt in sechs Tagen geschaffen worden sei. Der „Grundstein“ braucht nur den Wortlaut mitzuteilen und wir sind geschlagen, wie nur je einer auf Haupt geschlagen worden ist.“

Etwas Dämmeres hat ein Zentrumsblatt noch nie gegen uns geschrieben. Und sehr treffend hat schon das sozialdemokratische Organ für die Reichstagswahlkreise Würzburg, Bayreuth z. c., die „Fränkische Volkszeitung“, hat speziell dem „Fränkischen Volksblatt“ folgendes geantwortet:

„Wir haben uns mit der Theologie noch nicht soweit beschäftigt, daß wir alle Entscheidungen des kirchlichen Lehramtes, die Konzilsbeschlüsse und Enzykliken Sr. Heiligkeit kennen. Uns genügt der katholische Katechismus mit einem Witz der Religionsgeschichte zum Gebrauche in den Volksschulen Bayerns, für das Bistum Würzburg vorgeschrieben von dem hochwürdigsten Herrn Bischof Ferdinand. Von dem Katechismus wird behauptet, daß er den christlichen Unterricht enthält. Seite 28, Frage 33 lautet: In wieviel Tagen hat Gott die Welt erschaffen? Antwort: In sechs Tagen. 1. Mo. 1. Wir können nicht annehmen, daß der hochwürdigste Herr Bischof Ferdinand etwas approbiert hat, was nicht kirchliche Lehre ist, und empfehlen daher dem Verfasser des Artikels „Sozialdemokratische Maurerweisheit“ dringend das Studium des Katechismus.“

Das ist eine sehr gute und sehr schlagende Antwort. Was in dem hier zitierten Katechismus für die Volksschulen Bayerns steht, das ist in jedem katholischen Katechismus, der dazu bestimmt ist, den Geist der Jugend theologisch zu dressieren, enthalten. Hätte man uns früher gesagt, ein kirchliches Blatt würde wagen, das Dogma von der Erschaffung der Welt in sechs Tagen zu bestreiten, die Erbringung des „Nachweises“ dafür, daß das ein Glaubenssatz, zu fordern, wir würden das nicht für möglich gehalten haben. Nun aber haben wir den Beweis, daß die kirchliche Presse selbst vor einer Verleugnung kirchlicher Dogmen nicht zurückfährt, wenn es ihr gilt, die vertratete „sozialdemokratische Maurerweisheit“ zu „brandmarken!“

Was mit diesem kindisch albernen Gehnort begreift werden soll, ist nichts spezifisch Sozialdemokratisches; es ist die wissenschaftliche Erkenntnis, das die theologische Dogma als wider Vernunft und Erfahrung freitend, verurteilt —, die Erkenntnis, der wir folgen, in der sich unsere Weltanschauung begreift. Aber freilich, so oft wir — und zwar mit dem besten Rechte der Welt — uns auf Wissenschaft berufen, kommt die Annahme der kirchlichen „Volksschule“ als Verlogenheitsfrechheit in der Behauptung zum Ausdruck, daß wir von Wissenschaft ja gar nichts verstehen.“ In der neuesten Abwehr gar wird uns gesagt, was wir hiermit gefährdend niedriger hängen wollen:

„Der „Grundstein“ hat sich nachgerade mit seinem Monomirieren mit Wissenschaft so oft blamiert, daß er es sich nicht unterlassen sollte, auf dem ihm fremden Gebiete sich zu tummeln. Aber immer wieder gesteht es ihn nach neuen Blamagen.“

Nun, bis jetzt hat sich kein berufener Vertreter der Wissenschaft gefunden, der uns einer Blamage hätte zeigen können. Wenn schon die kirchliche Presse die antiklerikale Wissenschaft, vertreten durch die hervorragendsten Geister, nicht gelassen kann und will, so sollte sie doch wenigstens, eingehend des „göttlichen“ Gebotes „Du sollst nicht lügen“, so ehrlich sein, ihre Angriffe gegen diese Wissenschaft zu richten. Aber sie tut so, als ob wir uns so ganz willkürlich eine besondere Wissenschaft zurechtgedreht hätten. Das ist die bequemste Art, sich mit der antiklerikalen Wissenschaft „abzufinden“, wenigstens — so meinen die Nährväter der katholischen Presse — in Rücksicht auf die Masse der katholischen Arbeiter, von der man als ganz selbstverständlich voraussetzt, daß sie dumme und unzufriedene, aus theologische Dogma gesteuert und theologische Bevormundung unterworfen sein und bleiben müsse. Was wir der Wissenschaft im Kampfe gegen

solche Bevormundung entnehmen, das ist „sozialdemokratische Maurerweisheit“. Diese verächtliche Praxis ist, die wir mit den Worten „pöflicher Schwindel“ in der Überschrift dieses Artikels treffen wollen.

In dem Abwehrartikel heißt es weiter:

„Warum beantwortet der „Grundstein“ die Frage nicht: Was geht eine Gewerkschaft an ihr Organ die Religion an? Die Antwort würde lauten: nichts, aber auch gar nichts.“

Es gibt eine Art von Unverschämtheit, die sich nur begreifen läßt aus der Unfähigkeit unserer kirchlichen Gegner, sich auf unsere Beweisführungen überhaupt wirklich kritisch einzulassen. Mit einer solchen Unverschämtheit haben wir es hier zu tun. Denn der größte Teil des Inhalts unseres Artikels in Nr. 12 blendet der Darlegung, auf die die vorstehende zutrifft. Wir haben auseinandergelegt, daß uns der vom Sozialismus mit der „Religion“ getriebene terroristische Mißbrauch genügt, gegen ihn aufzutreten. Dieser Terrorismus geht uns viel, sehr viel an. So schreiben wir u. a.: Die Behauptung der kirchlichen Presse, daß eine gewerkschaftliche Organisation und ein gewerkschaftliches Blatt sich „nur mit seinen eigenen Angelegenheiten“, nicht aber auch mit „religiösen Fragen“ zu beschäftigen habe, sei um so merkwürdiger, als doch gerade der Sozialismus schon vor Jahrzehnten zuerst das Beispiel gegeben und seitdem beibehalten habe, die „Religion“ mit der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterorganisation und Bewegung engstens zu verflochten. Wir fügten hinzu:

„Um die katholischen Arbeiter vor dem Anheimfallen an die freie gewerkschaftliche Organisation und die Sozialdemokratie zu bewahren, hat der Sozialismus „christliche“ Arbeiterorganisationen gegründet und seiner Vormundchaft unterworfen. Unzulängliche Male hat er offen ausgesprochen, daß die Arbeiterfrage nur auf „religiöser“, d. h. theologischer Grundlage zu lösen sei; daß alle wirtschaftlichen und politischen Bestrebungen der Arbeiter den Lehren und dem Interesse der Kirche unterzuordnen seien; daß die Pflege des „religiösen Geistes“ die Hauptaufgabe der christlichen Arbeiterorganisationen sein müsse und daß es keine Gemeinschaft zwischen katholischen und sozialdemokratischen Arbeitern geben könne. Nicht einmal das Vorkommen katholischer Arbeiter zu einer wirtschaftlichen Interessengemeinschaft mit allen anderen Arbeitern, die sich auf die Erlangung glänzender Lohn- und Arbeitsbedingungen richtet, hat der Sozialismus gelten lassen.“

Und weiter folgten wir:

„Die Pflege des „religiösen Geistes“ unter den katholischen Arbeitern hat er in der Weise geübt, daß er sie fanatisch verhetzte gegen die sogenannte „gottlose“ Arbeiterkraft. Beständig haben Tausende katholischer Geistlicher ihren Einfluß auf das Gemüt frommer Glaubigen unter Berufung auf die „Religion“ terroristisch mißbraucht. Auf den Kanzeln, im Beichtstuhl, bei jeder sich im gesellschaftlichen Verkehr bietenden Gelegenheit haben sie unter Androhung der von der Theologie erfundenen „Strafe der ewigen Verdammnis“ auf katholische Arbeiter eingewirkt, sich nicht zu anderen Organisationen, zu anderen wirtschaftlichen, sozialen oder politischen Vereinigungen und Verbindungen zu bekennen, als zu denen, die die Kirche billigt, vorschreibt und befehligt.“

Diese terroristische Praxis zu üben, erachtet der Sozialismus als sein gutes Recht, ja, als seine von der Religion gebotene „heilige Pflicht“. Wenn sich aber die gegen die diese Praxis gerichtete, ihrer erwehren, wenn wir den mit der Religion wider die freie, selbständige Arbeiterorganisation und die Interessen der Arbeiterklasse getriebenen Mißbrauch bekämpfen, wenn wir aus der Welt der Tafsachen heraus eine neue Weltanschauung verbinden, die die Würdigung der unverjährbaren Rechte der Arbeit in sich schließt und den Prinzipien der Freiheit, der menschlichen Gleichheit, der Gerechtigkeit und Humanität Rechnung trägt; dann zehrt die kirchliche Presse und Wortführer, die Religion sei in Gefahr, dieselbe Religion, die sie als Ausfluß göttlicher Allmacht und Weisheit darstellen. Dann fragen sie heuchlerisch: „Was geht eine Gewerkschaft und ihr Organ denn die Religion an?“

Heißt das die Frage, „was einer Gewerkschaft und ihr Organ die Religion angeht“, beantworten oder nicht? Wir meinen, diese unsere Verantwortung läßt an überzeugender Deutlichkeit und Schärfe nichts zu wünschen übrig. Pöflicher Schwindel! Ist es, den Lesern kirchlicher Blätter die Ansicht beibringen zu wollen, wir wären die Antwort auf jene Frage schuldig geblieben.

Die „wissenschaftlichen“ Einwendungen, die der Artikel „Sozialdemokratische Maurerweisheit“ gegen uns richtet, sind Leistungen theologischer Aburteilung. Ihre Tendenz ist, glauben zu machen, daß die materialistische Weltanschauung „Austun“ ist, daß sich alle „wahre“ Wissenschaft in den theologischen Dogmen begreift. Wir hatten geschrieben, daß wir „nicht glauben an einen übernatürlichen Erzieher, sondern daran, daß die Menschheit sich selbst erlösen muß durch eigene Kraft von allem Uebel, allem Unheil, daß es eine andere Erbsung nicht gibt.“

Der kirchliche Abwehr-Artikel schreibt nun:

„Als ob das Christentum etwas dagegen hätte, daß die Menschheit mit allen Mitteln der Kultur und Technik das Uebel in der Welt bekämpfe. So wenig hat das Christentum dagegen, daß es vielmehr die Bekämpfung des Übels allen seinen Bekenntnern zur Pflicht macht.“

Was diese Behauptung wert ist, lehrt der unmittelbare folgende Satz:

„Aber von einem Uebel kann die Menschheit mit allen Mitteln der Technik und Kultur sich nicht erlösen, ebenso wenig als das Mähdäusen an seinem Joch aus dem Sumpf gezogen hat, das in das Uebel der Sünde und der Gewissensqual. Da braucht es eben einen übernatürlichen Erzieher.“

Sol ist der Mammonismus, der die Arbeit unterdrückt, ausbeutet und nicht selten geradezu schändet, ein Uebel oder nicht? Ist der Völkerring, der Militarismus, der Krieg, die Verwüstung der Volkskraft durch den entarteten Egoismus ein Uebel oder nicht? Ist Gaster und Verdrößen aller Art, Krankheit und Leid, erzeugt durch das kapitalistische Wirtschaftssystem, ein Uebel oder nicht? Ohne Zweifel. Und Uebel dieser Art hat es gegeben, solange es ein Christentum gibt, wie vordem im Heidentum. Hat ein „übernatürlicher Erzieher“ sie überwunden? Nein! Dieselbe kirchliche Macht, die vorgeblich im Namen des „Erzählers“ wirkt, hat sie gestiftet und gefördert. Entgegen der Herrschaft der Kirche, im harten Kampfe mit der Theologie, hat der Fortschritt der Kultur sich vollbracht, durch eigene Kraft Uebel überwunden. Das lehrt die Geschichte vieler Jahrhunderte. Natürlich wird der Sozialismus auch diese „sozialdemokratische Maurerweisheit“ nicht gelten lassen.

In dem Abwehr-Artikel kommt noch folgende Stelle vor:

„Daß der „Grundstein“ auf wissenschaftlichem Gebiet ein schlechtes Gewissen hat, das zeigt sich darin, daß er über die Völkstellung, welche der Genosse Frohme in einer Artikelserie der „Fränkischen Volkszeitung“ erfahren hat, beharrlich in allen Sprachen der Erde schweigt, obwohl er schon bei Erscheinen des ersten Artikels eine Replik angekündigt hat! Warum so geschämigt still, nachdem man vorher den Mund so voll genommen?“

Nur Geduld, lieber Schwäger! Welch kindische Voreiligkeit! Abgesehen davon, daß die Artikelserie der „Fränkischen Volkszeitung“ — sie umfaßt nicht weniger als dreizehn Artikel — erst ganz kürzlich beendet ist, war der Raum unseres Blattes in letzter Zeit so sehr in Anspruch genommen, daß wir die Antwort nicht bringen konnten. Zur Verleugnung kirchlicher „Volksschule“ kommt sie noch immer früh genug. Daß nur kirchliche Blätter Frohmes Buch „Arbeit und Kultur“ in blöder Geschäftigkeit „niedertrifft“ haben, ist die beste Würdigung, die es erfahren kann.

Der wütende Haß der Zentrumsblätter ist stets eine besondere Ehre für den „Grundstein“. Wir können sicher sein, jede unserer Äußerungen, die die abgrundtiefe Heuchelei der Zentrumsblätter anzeigt, ihre Volkverräterei brandmarkt, wird ein einstimmiges Echo bei den richtigen Bürgern. Den lauten Trompetenstößen der zentrumsblättrigen Zensurpresse schließt sich gemächlich ein frommes Geklipper der zentrumsblättrigen Gewerkschaftsorgane an. Nicht umsonst: rücken wir doch der Zentrumsberichterstattung immer härter auf den Leib. Gerade der Süden des Landes ist es gewesen, der uns in den letzten Jahren die schönsten Erfolge gebracht hat. Darum der wütende Haß, der manchmal recht unüberhörbar blühen treibt. Das „Fränkische Volksblatt“ in Würzburg, dem wir in dem vorstehenden Artikel wiederum eine Lektion erteilen müssen, hat seine edelsten Beilen kirchlicher Subtilität auch noch in einem Flugblatt anekdotenreich. Nach richtiger Gassenlangensart frecht es noch einmal die Zunge gegen uns aus und zeigt dabei seine „geschickte“ Wile. Das ergötliche an der Geschichte ist, daß das wütere Zentrumspapier wohl selber ahnt, daß sein Geistesprodukt kaum die gewünschte Beachtung finden wird; aus diesem Grunde versieht es die Rückseite des Flugblattes mit einem — Wandkalenderaufdruck! Auf der einen Seite zeigt das Flugblatt in fetten Lettern die bombastische Herausforderung: „Der „Grundstein“ hat das Wort“, auf der anderen bringt es den schwer heimgefügten Lesern als Schmerzensgeld einen Wandkalender. Das Ganze klingt aus in einem Aufschrei zum Anschluß an die christlichen Gewerkschaften. Das geschieht noch recht.

Nach ein anderes Blättchen ist uns zugegangen, das ebenfalls seinen wohlproportionierten Schödel am „Grundstein“ probiert. Es ist der „Waldbacher Welter“. Auch hier ist es nur der bestehende Kerger über den ständig steigenden Leserkreis des „Grundstein“, der diese Streiben zu den gelungensten Kapriolen verleitet. Da wir nun weder Zeit noch Raum haben, uns mit jedem der vielen, zum Teil unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheinenden Zentrumsvirellblättchen einzeln zu beschäftigen, so wollen wir sie einstweilen zusammenfassen und später die Sache im summarischen Verlaufe erledigen. Die Blätter, die hierbei berücksichtigt werden wollen, werden aber gebeten, uns die betreffende Nummer zu überweisen.

Politische Umschau.

Die Wästen-Vorlage gelangte bereits am 26. April zur ersten Beratung im Plenum des Reichstags. Es wurde von Weßner der Wästen, hauptsächlich vom Abgeordneten Singer, scharfe Kritik an ihr geübt. Vor allen Dingen wurde der Versuch, die Wästen-Vorlage durch eine Verschlechterung der Wirtschaftsverhältnisse des Hauses, die eine Verengung der oppositionellen Minderheit ermöglichen würde, zu kompensieren, energig zurückgewiesen. Es liegt in der Tat ein unerbittlicher Widerspruch darin, Wästen zu gewähren, um ein beschlufsfähiges Haus zu schaffen, und zugleich zu bestimmen, daß für die Beschlußfähigkeit nicht die Annahme der Mehrheit der Mitglieder des Hauses erforderlich ist!

Singer und nach ihm fast alle anderen Nebst tabelten auch die Vergrößerung der freien Eisenbahnfahrt auf den Strecken Berlin und dem Wohnort der Abgeordneten und auf die Dauer der Session, obwohl der Reichstag nicht weniger als vierzigmal die freie Fahrt auf allen Eisenbahnen Deutschlands während der ganzen Legislaturperiode gefordert hat. Das ist eine durchaus berechtigte Forderung. Will der Abgeordnete als Vertreter des ganzen Volkes seiner Mandatspflicht in vollem Maße genügen, so muß er in der Lage sein, sich jederzeit frei überall hinzubewegen, um sich über Verhältnisse und Einrichtungen, die für die gesetzgebende Tätigkeit in Betracht kommen, selbständig zu informieren.

Die Vorlage ging in eine Kommission von 21 Mitgliedern. Höchst wahrscheinlich wird sich diese gegen die Verpöpfung der Diätenfrage mit Fragen der Geschäftsordnung, für die Gewährung der unbefristeten freien Eisenbahnfahrt und für eine andere Regelung der Entschädigung entscheiden.

Vogelfrei! Daß der Arbeiter im allgemeinen, und zwar nicht nur in Ausland, minderen Rechts ist, bleibt allen Abteilungen gegenüber wahr, dreimal wahr. Geradezu vogelfrei aber ist der Arbeiter, wenn er gezwungen ist, dem Unternehmertum kämpfen, gegenüber zu treten, wenn er von seinem gesetzlich gewährtesten Recht Gebrauch macht, seine Verhältnisse durch Streik zu verbessern oder weiteren Verbesserungen der Unternehmern Widerstand leistet und darum ausgepöbelt wird. Alle parteiischen Reden, sie mögen nun von den Regierungsberechnern im Parlament, oder von anderen Personen bei passenden und unpassenden Gelegenheiten gehalten werden, ändern daran auch kein Jota. Nicht schon gedrehtes Papier, sondern die wirklichen Tatsachen können hier nur als Maßstab gelten. Und die Tatsachen reden eine zu drallische Sprache, als daß der Gedanke bei den Arbeitern, sie seien gleichberechtigte Staatsbürger, jemals ernstlich Wurzel schlagen könnte.

In unglücklichen Fällen wird den Arbeitern ihr Streikrecht durch die Polizeipräsidien, die Streikposten nicht zu dulden oder gar auf der Stelle zu verhaften, illusorisch gemacht. Indessen ist das noch verhältnismäßig harmlos. Mehr und mehr wird es "Stille", die bewaffnete Macht gegen ausübende Arbeiter einzusetzen zu lassen. Teils kommandiert man Soldaten zu Streikbrechungen, wie jüngst aus Magdeburg gemeldet wurde, teils nimmt man harmlose Zusammenkünfte von Ausländern und der mit diesen sympathisierenden Arbeiter zum Anlaß, die Stille zu schließen und den Stille haufen zu lassen. In dieser Beziehung werden die Vorurteile in Dresden zu ein bedeutsames Denkmal unserer Zeit stehen, so lange — bis sie von einer noch größeren Niederlegung wehrloser Arbeiter in den Schatten gestellt sein werden. Den nachdenklichen Arbeitern wird schon in der vorigen Nummer unseres Blattes geschrieben: Alles, was selbst weiter darüber bekannt geworden ist, bestätigt, daß die Arbeiter keine Veranlassung zu einem solchen Vorgehen gegeben haben. Das Verhalten der Polizei läßt sich durch nichts rechtfertigen. Man wird zwar nicht behaupten können, die Leitung der Dresdener Polizei treffe die Schuld und die Verantwortung, sie war im kritischen Moment wohl sicher nicht auf dem Höhe des Schlachtens, aber die dort verübten Schandtaten können nur von Seiten berichtet werden, die in den Arbeitern nicht die Volksgenossen, nicht die um ihr Brot kämpfenden Mitmenschen sehen, sondern die das arbeitende Volk feindlichen Horben gleichstellt. Eine Macht, die im Arge in einer eroberten Stadt wehrlose Bürger derart niederknien würde, wäre des Proletats aller Nationen schäme. Aber Dresdener "Schutzmänner" dürfen es den eigenen Volksgenossen gegenüber wagen.

Es waren eben Arbeiter, freilebende Arbeiter, das erklärt alles. Mit Sarkasmus wird von den lebenden Kreisen dem Heere die Auffassung vom "inneren Feind" eingepflanzt, systematisch wird den Unteroffizieren und Mannschaften eingemurmelt, das arbeitende Volk als staatsfeindliches Ungeheuer zu betrachten, bei den ersten nicht ohne Erfolg, und solche Auffassung muß sich naturgemäß auf die "Schutzmänner" übertragen. Nur so lassen sich solche bestialische Taten erklären, die Szenen schäufen, die ehnen an der Menschheit irre werden lassen. Ist es nicht geradezu grauenhaft, daß einem Arbeiter, der im Begriff war, seine Wohnung aufzusuchen, und schon auf den obersten Treppenhaut, von einem hinter ihm dreinrührenden Polizisten gefaßt, mit der er sich auf das Treppengeländer stützte, glatt abgehauen wurde. Diese eine abgehauene Hand wird alle Prozesse von der Gleichberechtigung aller Staatsbürger, alle Demagogie vom sozialen Königtum, aber auch alle "partiiischen" Schwadronen zu Boden schlagen! Sie wird allen Arbeitern demonstrieren, daß sie vogelfrei sind, wenn sie aufstehen, willige Arbeitstiere zu sein. Das Wort Diktator von den zwei Nationen im Lande bleibt wahr, und die Arbeiter werden die Konsequenzen ziehen. — Auf die volle "Kampfschiffel" legen sie nun noch die abgehauene Hand von Breslau.

Geht nicht nach Transvaal! Wie der "Weltkorresp." aus Johannesburg berichtet wird, hat die dortige Rand Ab Association, eine Gesellschaft, welche sich die Vermittlung von Stellen, in erster Linie für ehemalige Kriegsfreiwillige, sowie die Unterbringung von Arbeitslosen und deren Familien zur Aufgabe setzt, sich infolge der gebihrlichen wirtschaftlichen Lage veranlaßt gesehen, eine Warnung in der Zeitung "The Star" gegen die Einwanderung Mittelloser zu erlassen. Es wird darin darauf hingewiesen, daß infolge der Vervielfachung größerer Bauten der Bedarf an Sandwerkern nur noch gering ist und die infolge der schlechten Zeiten notwendige Einschränkung im geschäftlichen Leben zu vielfachen Entlassungen geführt hat. In dem gleichen Maße, wie nach der genannten Verpfändung Vermögenslosen der Zugang nach dem Witwatersrand für die nächste Zeit wirblicherweise unter, gilt dies auch für Leute, die sich nur im Besitz unbedeutender Mittel befinden, da solche bei der Kostspieligkeit des dortigen Lebensunterhalts bald aufgebraucht sein würden. Da bei der Verpfändung von Sandwerkern oder der Anstellung von Kommis oder Arbeitern in erster Reihe Engländer bevorzugt werden, so sei es ganz besonders mittellose oder gering bemittelte Deutschen dringend zu widerraten, nach Transvaal zu kommen, um dort ihr Glück zu versuchen. Die Glanzzeiten Transvaals und insbesondere Johannesburgs sind seit dem Unglücksjahre 1899 vorüber und sie werden in absehbarer Zeit sicherlich nicht wiederkehren.

Delirium faribandum.

Mit diesen Worten bezeichnet man eine Art des Wahnsinns, bei der sich der von allerlei Wahnvorstellungen geplagte Kranke in wilden Tobsuchtsanfällen ergeht. Allen Deliriumkranken ist es infolge einer Gehirnaffektion eigen, Handlungen zu begehen und Äußerungen zu tun, für die die Wirklichkeit keine Erklärung gibt, die vielmehr sehr oft mit den tatsächlichen Zuständen in offenem Widerspruch stehen. Sie phantastieren z. B. von Wesen, die gar nicht da sind, geraten in Euphorien oder Hysterien, die nur für allein wahrnehmbar sind. Jede geordnete geistige Tätigkeit ist ihnen unmöglich, sie haben jeden Willen, jedes Empfinden für die Wirklichkeit verloren. Diesen unglücklichen Geschöpfen gebührt gewiß das tätige Mitleid aller ihrer Mitmenschen und keine fühlende Seele wird ihnen ihre Hilfe verweigern. Weitens werden alle Deliriumkranken in Heilanstalten isoliert, damit der Heilungsprozeß ungehindert vor sich gehen kann. Bei den an Delirium faribandum leidenden Menschen wird die Isolierung geradezu zur Pflicht, um andere vor ihrer Tobsucht zu schützen. Die Kranken dieser Art sind sehr selten. Augenblicklich haben wir Gelegenheit, sie in einigen recht scharf ausgeprägten Exemplaren zu beobachten: in den Spalten der "Arbeiterzeitung" treiben einige dieser tobenenden Wahnkämpfer ihr Unwesen. Unheimlich sind bei den anderen Unglücklichen infiziert. Alle Krankheits-symptome, die wir oben angeführt haben, treten hier zu Tage, ein Toben über Erscheinungen, die überhaupt nicht vorhanden sind, eine Furcht vor Gefahren, die gar nicht bestehen, die Unfähigkeit logischen Klaren Denkens usw. usw. Mehrere Wochen sind diese Armen im Geste nun schon von dieser schrecklichen Krankheit ergriffen. Sie phantastieren seit einiger Zeit von einer Gefahr, die der heimischen Produktion von den deutschen Arbeitern droht, indem diese demnach ein Kampfmittel, S a b o t a g e genannt, in Anwendung bringen wollen. Unsere Leser werden in ihrer übergroßen Mehrzahl zwar noch nicht wissen, was sich hinter diesem geheimnisvollen Fremdwort verbirgt, auch die ganze deutsche Arbeiterklasse wird vor diesem wie vor einem Nubium stehen, das nach aber nichts, die delirierenden Schreibern in der "Deutschen Arbeiterzeitung" behaupten, daß die "Sabotage" demnach von uns angewendet werden würde.

Unter "Sabotage" versteht die D. A. Z. eine Taktik der Arbeiter, die darauf hinausläuft, dem Unternehmer durch möglichst große Faulheit, durch Verwüstung von Material, Vernichtung fertiger Produkte und durch Zerstörung wertvoller Maschinen recht großen Schaden zuzufügen, damit er sich den Arbeiterforderungen willfähriger erweise. Das also ist die "Sabotage"; wir haben es auch erst durch die D. A. Z. erfahren. Es ist klar, daß man es hier mit Wahnvorstellungen zu tun hat, die in den Tatsachen auch nicht eine Spur von Befähigung finden. Wäher ist uns keine Neuerung aus der deutschen Arbeiterklasse bekannt geworden, die eine solche Taktik auch nur angedeutet hätte. Freilich, die D. A. Z. weiß einige Männergeschichten zu erzählen, deren Schaulust sie jedoch vor-sichtigerweise nach Frankreich verlegt. Da sollen einmal Arbeiter Eisenstämme in das Mäherwerk der Dynamis geworfen haben, die Mäher wollten Seife in den Bremsen freisetzen, andere wollten die Gasrohre zerbrechen und dann im Dunkel ihren Forderungen mit Holz und Dynamit mehr Nachdruck geben. In dieser anmutigen Weise schildert die Deliriumkranken der D. A. Z. das bisherige Wirken der neuen Idee.

Zu ihrem Schwelmen sind aber diese "Sabotage" Anschläge noch im Keime erstickt, die Probe aufs Exempel ist also noch in seinem Falle gemacht. Trotzdem ist es nach der D. A. Z. nur eine Frage der Zeit, daß sich die deutschen Gewerkschaften dieses Kampfmittels bemächtigen. Sie fordern darum die Beamten der bürgerlichen Gesellschaftsordnung auf, schon jetzt den Gewerkschaften die Gurgel zuzuschneiden. Man könnte zwar auf der Gedanken kommen, die Schutzmänner der D. A. Z. beschäftigen hiermit nur, Wasser auf ihren Schleifen zu leiten, das geht aber wirklich nicht an; dieser Wahn ist dem doch zu nahe gekommen, als daß geistig normale Menschen daran glauben könnten. Es bleibt weiter keine Erklärung, als daß man es hier mit einer Neuerung der gefährlichen Krankheit zu tun hat, deren Wesen wir eingangs näher definiert haben. Wir müssen darum die weitere Behandlung dieser Unglücklichen, erfahrenen Irrenärzten überlassen.

Eine Untersuchung wegen "Massenbetrugs" ist von der sächsischen Justiz gegen einige Leiter der Dresdener Metallarbeiterbewegung eingeleitet worden. Möglicherweise ist aber auch diese Aktion nicht mehr das allerneueste auf dem Gebiete der "Staatsrettung". Die Sache hängt mit den Lokalkämpfen zusammen und hat folgende Vorgeschichte: Die Metallindustriellen hatten die Arbeiter ausgepöbelt, einigen "guten" Arbeitern aber einen Nebens borgelegt, wonach sie die ebenerwähnte Erklärung abgeben sollten, daß sie keiner Organisation angehörten und keine Unterstützung erhielten. In diesem Falle sollten sie von den Fabrikanten unterstützt werden. Durch diese Einrichtung glaubte man, die "Wände" von den "Schafen" scheiden und die ersten auch fernhin maßregeln zu können. Um dem vorzubeugen, veröffentlichte die Zeitung des Metallarbeiterverbandes Verhaltungsbefehle; den Mitgliedern des Verbandes wurde u. a. empfohlen, den verlangten Nebens ruhig zu unterschreiben. So gefährlich auch der Inhalt des Nebens aussehe, so könne dem Unterzeichner darum nichts passieren, weil ja die Absicht, sich einem dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, nicht bestehe. Es erfolgte in diesem Falle angezeigt, Verwirrung in die Reihen der Gegner zu bringen, umjomehr da der Nebens gegen die guten Sitten verstoße und keinerlei Rechtskraft haben konnte.

In dieser Erklärung soll nun die Aufforderung zum "Massenbetrug" liegen. Das Lustigste bei der ganze Geschichte ist zweifellos, daß viele Betriebsleiter und Werkmeister die Arbeiter selbst betrogen haben, doch zu unterschreiben, damit man nicht auszufragen brauche. Eine Firma schickte die Leute direkt ins Bureau der Metallarbeiter, um sich dort die Erklärung zur Unterschrift zu holen. Bei einer anderen wurden die Arbeiter ohne Unterschrift bereits unterschrieben borgelegt und gleich danach wieder eingekamelt. Die Firma hat dann auch nicht ausgepöbelt.

Freilich, die Nebensgeschichte ist für die Industriellen ein-arge Blamage geworden. Sie sind schmachvoll damit hinfalle-gefallen und haben sehr bald die Auszahlung der Unterstützung eingestellt und die unorganisierten auf später vertröste-oder sie in die Betriebe zum Arbeiten heranzuziehen versucht. Nun haben die gefährlichen Industriellen die Leiter des Metall-

arbeiterverbandes und ebenfalls die "Sächsische Arbeiterzeitung", die die Erklärung veröffentlichte, der Staatsanwaltschaft wegen Betruges denunziert, und diese hat geglaubt, sich der ehrenwerten Herrschaften annehmen zu müssen.

Staatliche Förderung des Wohnungsbaues in Preußen. Dem preussischen Abgeordnetenhaus ist ein Gesetzentwurf, betreffend die Bewilligung weiterer Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, und von gering besoldeten Staatsbeamten, zugegangen. Er lautet:

§ 1. Der Staatsregierung wird ein weiterer Betrag von 18 Millionen Mark zur Verwendung nach Maßgabe des Gesetzes vom 13. August 1895 zur Verfügung gestellt. § 2. Zur Verwirklichung der im § 1 gebachten 18 Millionen Mark ist eine Anleihe durch Veräußerung des entsprechenden Betrages von Schuldverschreibungen aufzunehmen. An Stelle der Schuldverschreibungen können vorübergehend Schaganzweisungen aus-gegeben werden. Der Fälligkeitstermin ist in den Schaganzweisungen anzugeben. Die Staatsregierung wird ermächtigt, die Mittel zur Einlösung dieser Schaganzweisungen durch Ausgabe von neuen Schaganzweisungen und von Schaganzweisungen in dem erforderlichen Rennebetrage zu beschaffen. § 3. Wann, durch welche Stelle, in welchen Beträgen, zu welchen Zinssätzen, zu welchen Bedingungen die Einlösung und zu welchen Kosten die Schaganzweisungen und die Schuldverschreibungen heraus-gibt werden sollen, bestimmt der Finanzminister. Im übrigen kommen die Vorschriften des Gesetzes, betreffend die Konsolidation preussischer Staatsanleihen, betreffend Tilgung der Schulden usw., zur Anwendung. § 4. Dem Landtag ist bei dessen nächster regelmäßiger Zusammenkunft über die Ausführung dieses Gesetzes Rechnung zu geben. Nach der Begründung sind bis jetzt 74 Millionen zur Verfügung gestellt worden, die alle festgelegt sind. Das Bedürfnis nach Fortsetzung des mit dem Gesetze vom 23. August 1895 begonnenen segensreichen Werkes besteht in demselben Umfang weiter. Deshalb werden weitere 18 Millionen gefordert.

Reichstagswahl in Darmstadt. Bei der am 25. April erfolgten Reichstagswahl, die infolge der Mandatsniederlegung des Sozialdemokraten Cramer notwendig war, erstien Verthold (Sozialdem.) 13 855, Stein (natl.) 10 320 und Krell (freil.) 6828 Stimmen. Es findet somit Stichwahl zwischen Verthold und Stein statt, die auf den 4. Mai angesetzt ist. Bei der Hauptwahl im Jahre 1903 wurde Cramer im ersten Wahlgange mit 14 144 gegen 13 401 Stimmen gewählt.

Gründung einer Streikentschädigungs-Gesellschaft.

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Verbandes Sächsischer Industriellen, die unter sehr zahlreicher Beteiligung in Dresden stattfand, beschloß die Begründung einer Streikentschädigungs-Gesellschaft der Arbeitgeber bei Arbeits-einstellungen. Mehrere hundert sächsische Firmen haben bereits ihre Zustimmung zu der geplanten Gründung gegeben und im Prinzip ihren Beitritt erklärt. Nach einer mit dem Arbeitgeberverband der sächsischen Textilindustrie (Sig. Gennig) getroffenen Abmachung soll diesem Verband die Vertretung der sächsischen Textilindustriellen in Streikentschädigungsfragen zugehen, während alle übrigen im Verband Sächsischer Industrieller organisierten Industriezweige durch diesen vertreten werden. Der Verband Sächsischer Industrieller zählt gegenwärtig 2500 sächsische Fabrik-betriebe als Mitglieder und gewinnt ständig an Ausdehnung und Bedeutung.

Veruche dieser Art sind seit zwanzig Jahren öfter unter-nommen worden, aber ohne den erhofften Erfolg. Derzeit mehrere Streikentschädigungs-Gesellschaften sind verfaßt. Immer sind die kleinen Unternehmer dabei die Dummen gewesen.

Gegen das Großkapital hielt der Präsident der Ver-einigten Staaten, Roosevelt, bei Gelegenheit der Einweihung

des neuen Kongreßgebäudes in Washington eine Rede. Er führte aus: Es müßte etwas Ernstliches gegen die Annahme von so gewaltigen Vermögen, wie sie jetzt beständen, unter-nommen werden. Er persönlich ist überzeugt, es sei durchaus notwendig, die Annahme eines nationalen Systems für eine progressive Steuer zu erwägen, die bei der Uebertragung von Vermögen zu erheben sei, die über eine vernünftige Grenze angeschwollen seien, und ferner zu verhindern, daß irgend jemand über einen gewissen Betrag hinaus erben könne.

Zu solchen Maßnahmen gegen das Ueberwuchern des Mammonismus werden die herrschenden Kapitalgewaltigen es gewiß nicht kommen lassen: Dem Unheil kann nur durch gründ-liche Umgestaltung der Produktions- und Erwerbsverhältnisse ein Ende gemacht werden.

Ueber die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft

Berlin und die Veruche zu ihrer Hebung äußert sich der soeben erschienene Jahresbericht der dortigen Gewerbe-aussicht wie folgt:

Darf der andauernd recht günstigen Lage fast aller In-dustriezweige sind die Erwerbsverhältnisse, namentlich für die gelerntten Arbeiter, günstig gewesen. Ihr Einkommen hat eine Steigerung erfahren, nicht nur durch Lohnsteigerung, sondern auch weil der Verdienst fleißig war und jeder Arbeits-willige auch bald Arbeit finden konnte, da die Nachfrage nach Arbeitskräften ununterbrochen regte war. Trotzdem kann eine allgemeine Besserung der Lebenshaltung nicht be-hauptet werden. Wenn auch keine Wohnungsnot vorhanden war, also die Ausgaben für Wohnung nicht gesteigert zu werden brauchten, so ist doch eine starke Besserung der Lebenshaltung, insbesondere des Fleisches und der Gebrauchsgegenstände, eingetreten. Die in der zweiten Hälfte des Jahres allgemein beobachtete starke Steigerung der Fleischpreise gab einer Anzahl von Unternehmern Anlaß, ihren Angestellten und Arbeitern freiwillig Beihilfen zu gewähren. Es geschah das in verschiedenen Formen. . . . Die freiwilligen Beihilfen der Unternehmer kam aber einem immerhin nur sehr kleinen Teil der Arbeiterschaft zu gute, deshalb griff diese vielfach zu dem Mittel des Streiks, und damit ist es einzelnen Kategorien, wie z. B. den Arbeitern und Arbeiterinnen in Schokoladen- und Backwarenfabriken, auch gelungen, ihre Löhne etwas aufzubessern.

Die Unternehmerpresse, aber wohl nicht genug zu kämpfen über die „Friedlichkeit der Arbeiter“. Und das Arbeitsverhältnis geht gegen die Arbeiter, die Forderungen ergeben, mit der Maßregel der Aussperrung vor.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht. Zusage von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansastädte:

Lübeck (Aussperrung), Kirchwälder (Sperre über Koppeis);

Schleswig-Holstein:

Barmstedt (Sperre über Rathjens, in Hemdingen), Marn, Meldorf, Schwartau, Pansdorf, Niendorf a. d. Ostsee, Süderbrarup (Streiks), Lütjenburg, Ahrensbeck (Differenzen);

Mecklenburg:

Schwerin (Sperre über Ford. Stange), Goldberg (Zimmererstreik), Silke (Sperre über Holldorf), Hagenow, Waren (Streiks), Lage, Ratzeburg, Schönberg (Differenzen);

Pommern:

Gollnow (Sperre über Küster), Jarmen (Sperre über Brandt und Heidtschmidt), Stralsund (Differenzen), Lütz, Misdroy (Streiks), Cöslin (Sperre über H. Schütter), Demmin (Aussperrung);

Ost- und Westpreussen:

Konitz, Mewe, Memel, Osterode (Aussperrungen), Marienwerder (Aussperrung in Rehlfeld b. M.), Eibling, Goldap (Streiks);

Posen:

Schneidemühl, Posen (Aussperrung);

Schlesien:

Breslau (Differenzen), Hirschberg-Gunnersdorf (Aussperrung), Feistritz (Streik);

Brandenburg:

Wittenberge (Aussperrung), Spandau (Sperre über die Unternehmer Leo und Roksche), Stralsburg i. d. Uckermark (Sperre über Döring), Nauen (Bauarbeiterstreik), Fürstenwalde (Zimmererstreik);

Provinz Sachsen:

Mühlberg a. E., Stendal (Streiks), Bitterfeld (Sperre über E. Wiesner), Landsberg b. Halle, Ammendorf (Streiks);

Königr. Sachsen:

Leipzig (Gespierr sind die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsbauteil, Karl Wilhelm Thormann, Leipzig-Anger, Wiebelstr. 9, Karl Feist in Wahren, Hallesche Strasse, M. Klenke in Möckern, Hallesche Strasse, R. Hippe in Leipzig-Anger, Weissenburgerstrasse, Bernhard Schammelt, Ecke Bayersche und Hardenbergstrasse, Otto Dietze, Wahren, Hallesche Strasse), Wurzen (Sperre über Lehmann in Püchau), Hirschberg (Aussperrung), Meissen (Sperre über das Kolleppwerk), Schandau (Streik), Sebnitz, Neustadt, Stolpen, Pirna (Aussperrung), Teuchern (part. Streik), Zwickau (Streik);

Hannover, Oldenburg und Lippe:

Visselhövede (Sperren über Cohrs und Köster), Osterode a. Harz (Streik), Emden, Müden (Zimmererstreiks), Nienburg a. d. W., Hastedt (Streiks), Bückeburg (Sperre über Möller), Hildesheim (Streik), Stadoldendorf (Streik);

Brandenburg:

Wolfsbühl, Holzminde (Streiks);

Thüringen:

Erfurt (Sperre über Wagner), Coburg (Differenzen), Eisenach (Sperre über Wagner), Gera (Sperre über Hirsch), Arnstadt (Sperre über Faust und Papst), Kahla (Aussperrung), Meuselwitz (Differenz), Weimar, Artern, Schleithelm (Streiks);

Rheinprovinz und Westfalen:

Borghorst b. Münster (Streik), Rheine (Differenzen), Lütgendorfmund (Sperre über die Zechen „Germania“ und „Zollern“), Ahrtweiler-Neuenahr (Streik), Benrath b. Düsseldorf (Sperre über Judick);

Bayern:

München (Sperre über Schaller), Alzenau (Streik), Hof a. d. S., Würzburg (Differenzen), Günzburg (Streik);

Hessen:

Flüßheim, Flinthen (Streiks);

Baden-Pfalz:

Lambrecht, Hassloch (Streiks), Mundenheim (Sperre über die Fabrik Gilm), Schifferstadt, Baden-Baden (Streiks), Singen (Partieller Streik);

Elsass-Lothringen:

St. Ludwig (Differenzen bei der Firma Matter aus Strassburg);

Württemberg:

Nürtingen (Streik), Stuttgart (Fliesenlegerstreik), Gmünd (Gipsstreik);

Fliesenleger:

Rhein-westfälisch. Industriegebiet (Lohnbewegung).

Oesterreich:

Bad Hall (Streik);

Gau Lübeck. In Lütjenburg i. O. forderten die Kollegen eine Lohnsteigerung von 85 % auf 40 % pro Stunde. Für Landarbeit über 7 Kilometer von Lütjenburg täglich 50 % Landlohn und freies Quartier, Vergütung der Ueberstunden, Sonntags- und Nachtarbeit mit 5, 10 und 25 % Aufschlag pro Stunde. Diese Forderung ist von sämtlichen Unternehmern anerkannt. Ein Vertrag wurde nicht abgeschlossen. Die Lohnbewegung ist damit für Lütjenburg beendet.

In Waren, wo die Kollegen im vorigen Jahre Abstand von der Durchführung ihrer Forderung nahmen, wurde beschlossen, den Unternehmern dieselbe Forderung von neuem mit dem Ersuchen zu unterbreiten, bis zum 20. April eine verbindliche Erklärung abzugeben. Die Forderung lautet in den Hauptpunkten: Lohnsteigerung von 85 % auf 40 % für Stadt- und von 88 % auf 42 % pro Stunde für Landarbeit. Bis zum 20. April hatten drei Unternehmer die Forderung voll anerkannt. Drei Unternehmer hatten 88 % resp. 40 % geboten. Ein Innungsmeister, der sehr in der Klemme sitzt, suchte Schutz hinter der Innung und wollte letztere veranlassen, mit der Lohnkommission zu unterhandeln. Sollte die Innung sich weigern, dann sollte er seinen eigenen Weg gehen und sich mit den Gesellen einigen. Zwei Unternehmer hatten überhaupt nicht geantwortet. Die Kollegen beschließen nun, den Unternehmern noch eine Galgenfrist bis zum 26. April zu gewähren. Da es voraussichtlich noch zur Arbeitseinstellung kommt, so ist der Zug bis auf weiteres fernzuhalten.

In Raage i. M. ist mit zwei Unternehmern eine Einigung erzielt. Es ist bereits am 1. März eine Lohnsteigerung von 88 % auf 36 % für Stadt- und von 85 % auf 33 % für Landarbeit eingetreten. Ein Unternehmer, der Senator Korf, hat bis jetzt auf verschiedene schriftliche Anfragen nicht für nötig befunden, zu antworten. Mündliche Unterhandlungen soll er auch absohl sein, so daß weiter nichts übrig bleibt, als das Geschäft von Korf zu sperren, falls am Sonnabend, den 28. April, der oben vereinbarte Lohn nicht gezahlt wird. Der Zug ist auch hier bis auf weiteres fernzuhalten.

In Ratzeburg fordern die Kollegen eine Erhöhung des Stundenlohnes von 88 % auf 42 %. Die Unternehmer haben den Kollegen mitgeteilt, daß sie für dieses Jahr nicht mehr bewilligen könnten, weil bereits am 1. Januar eine Lohnsteigerung von 1 % eingetreten sei. Diese Lohnsteigerung wurde im vorigen Jahre mit festgelegt, jedoch nicht ausgeprochen, daß sie für das ganze Jahr 1906 gültig sein sollte. Die Kollegen beschließen denn auch, an ihrer Forderung festzuhalten, und um eine mündliche Unterhandlung nachzusuchen. Falls sich die Unternehmer bis zum 10. Mai nicht zu Zugeständnissen bereit erklären, dürfte auch hier mit einer Arbeitseinstellung zu rechnen sein. Zug ist bis auf weiteres fernzuhalten.

In Ahrensbeck fordern die Kollegen die Verringerung der Arbeitszeit auf 48 Stundenlohn. Jetzt werden bei zehnstündiger Arbeitszeit 42 % gezahlt. Die Unternehmer sollen bis zum 27. April ihre Meinung äußern. Werden keine zufriedenstellenden Angebote gemacht, dann dürfte es bereits, wenn diese Zeiten in die Hände der Kollegen kommen, zur Arbeitseinstellung gekommen sein. Der Zug ist auch hier bis auf weiteres fernzuhalten.

In Schönberg i. M. ist die Lohnbewegung noch nicht beendet. Eine mündliche Unterhandlung hat ein befriedigendes Resultat noch nicht gebracht. Die Unternehmer, die den Lohn von 88 % pro Stunde gleich auf vier Jahre festlegen wollten, haben bis auf zwei Jahre abgelaufen. Damit sind die Kollegen aber nicht einverstanden. Sie wollen sich für 88 % Stundenlohn nur auf ein Jahr verpflichten, andernfalls beantragen sie für das nächste Jahr 40 % pro Stunde. Von dem geforderten Landlohn wollen die Unternehmer gar nichts wissen. Ebenfalls soll auch die Rohzahlung, die noch eine vierzehntägige ist, von Bestand bleiben. Es scheint, als wenn auch hier noch mit Nachdruck gearbeitet werden muß, um die Arbeiter gefügiger zu machen. Der Zug ist auch hier unbedingt fernzuhalten.

Nachfrage nach Mauern ist gemeldet aus Brunschwarten, Briel, Burg a. Fehmarn, Eutin, Grönitz i. O., Heiligenhafen, Lütjenburg, Rüg i. M., Neufalen, Parchim, Schwabau und Wismar.

In Lübeck haben die Unternehmer am 28. April die Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter ausgesperrt. Die Ursache dieser Maßregel ist darin zu suchen, daß die Maurer auf einem Bau der Firma Karstadt die Arbeit einstellen, weil den dort herrschenden beispiellosen Mißständen nicht anders beizukommen war. Die Unternehmer lehnten die Unterhandlung des Falles ab, sie verlangten kategorisch die Wiederaufnahme der Arbeit, die unsere Kollegen aber unter diesen Umständen mit Recht ablehnten. Daraufhin erfolgte die Aussperrung.

Gau Stettin. Im Demmin der Lohnbesitz gibt es kaum einen Unorganisierten; dennoch soll die Veräufungslauf in den Vertrag. Seit dem 28. Februar ärgert man sich schon damit herum. Ueber die Lohnhöhe und Arbeitszeit war schon am 12. Februar eine Einigung erzielt. Als am 8. April in mündlicher Verhandlung die Unternehmer auf dem Punkt bestanden, wurde folgender Passus vorbestimmlich der Zustimmung der Kollegen vereinbart: „Kolliere und Gesellen, die nicht im Verband sind, können von den Arbeitgebern jederzeit beschäftigt werden, ohne daß sie während der Arbeitszeit vom Beitritt bewegt werden; Pausen zählen nicht zur Arbeitszeit.“ Mit 70 gegen 15 Stimmen erklärten sich die Maurer gegen einen solchen Passus. Die Zimmerer mit 18 gegen 8 dafür. Den Unternehmern war es um einen Krieg zu tun. Am 6. April gelangte ein Schreiben in die Hände unserer Vorstände, worin man bis zum 7. April, Mittags, eine Hup und klare Antwort forderte. Einige Kollegen forderten Aufschub bis Montag. Am Abend erfolgte die Aussperrung. Man mußte alle Puppen tanzen. Das „Demminer Tageblatt“ mußte herhalten. Schwarze Listen wurden verfaßt. Wäre Jüngern behaupten, das Manuskript wäre aus dem Polizeibureau gewesen. Beim Umtausch einer Inhabitenkarte wurde ein Kollege gefragt, ob er bei Gestalt in Arbeit sei, der habe schriftlich um Angabe des Geburtsortes und Datums von jedem Maurer ersucht. Später sah man den Schreiber M. Westphal — bei Settgast in Stellung — vom Polizeibureau kommen.

Die Streikbrecher in Ritz werden frey. Ein gewisser Glabron überfiel unsere Kollegen Gierz, und richtete ihn schändlich zu. Sonst ist die ganze Gesellschaft aus dem andergelaufen, nur etwa 20 Kollegen halten fest. Da mit den vorhandenen Kräften die Arbeit nicht bewältigt werden kann, so können die Unternehmer doch noch zum Nachgeben gezwungen werden, wenn der Zug ferngehalten wird.

Gau Lübeck. In Fadenburg ist es am 9. April zur Arbeitseinstellung gekommen. Die Forderung, 65 % Stundenlohn und neunzehnstündige Arbeitszeit, wurde bereits im Frühjahr 1904 gestellt, mußte aber wegen der schlechten Arbeitsgelegenheit vertagt werden. Am 4. April wurde von den Unternehmern gefordert, bis zum 7. April die Forderung anzuerkennen. Die Unternehmer lehnten dies mit der Begründung ab, daß sie sich den Beschäftigten der Innung zu Schmarren fügen müßten. Nach dreitägiger Unterhandlung mit dem Gesellenausschuß erhielten dann die Unternehmer die Erlaubnis, die Forderung zu bewilligen. Die neuen Vereinbarungen treten mit dem 15. Mai d. J. in Kraft und haben Gültigkeit bis zum 30. April 1908. Der Kampf hat damit nach vierzehntägiger Dauer sein Ende erreicht. Erzielt wurde eine Lohnsteigerung von 5 % pro Stunde und Verringerung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde täglich.

Die Gütrower Unternehmer scheinen sich ernsthaft auf einen Kampf vorzubereiten. Nachdem sie die Forderungen der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter abgelehnt haben, versucht alles, was sich Unternehmer (sämmtl. Kleinmeister usw.) scharf zu machen gegen die im Gütrower Bau beschäftigten Arbeiter. Eine Notiz in der „Gütrower Zeitung“ gibt nun näheren Aufschluß darüber. Sie lautet:

„Vor einiger Zeit hat sich hier selbst ein Arbeitgeberverband für Gütrow und Umgegend konstituiert, welcher den Zweck verfolgt, ein gezieltes Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern zu schaffen und etwaige Lohnforderungen der Arbeitnehmer gemeinsam zu prüfen. Der Vorstand dieses Verbandes hatte zu Sonnabend Abend alle namhaften Arbeitgeber aus Gütrow und Umgegend zu einer Versprechung der Ziele des Verbandes und der hiesigen Lohnfragen nach dem „Schützenhause“ eingeladen, welcher Einladung zahlreiche entpochten war. Der Vorsitzende, Herr Maurermeister Sander, schilderte die Entstehung des Verbandes und berührte zum Schluß seiner Ausführungen die jetzige Lohnfrage der hiesigen Maurer- und Zimmergesellen, sowie der Bauarbeiter. Eine gegebene Auffassung der Löhne in den Städten Mecklenburgs ergab, daß schon heute in Gütrow verhältnismäßig die höchsten Löhne gezahlt werden. Aus der Mitte der Versammlung wurde empfohlen, die jetzt wieder eingetretenen höheren Forderungen der Maurer- und Zimmergesellen sowie der Bauarbeiter nicht zu bewilligen. Die Versammlung waren einstimmig für diesen Beschluß. Es wurde eine aus circa 30 Personen zusammengesetzte Kommission gewählt, bestehend aus den Vertretern der namhaftesten Geschäfte und Gewerbetreibenden der Stadt. Dieselbe wurde beauftragt, die bereits aufgestellten Statuten nachzusehen und zu vervollständigen. Fast sämtliche Anwesenden erklärten ihren Beitritt zu dem Verband.“

Nun werden gewiß die baugewerblichen Arbeiter Gütrows ins Mauselof kriechen. Oder nicht? Dadurch werden sie sich wohl nicht zurückziehen lassen. Sie werden diesem Ordnungshügel wohl noch zeigen, daß sie ernstlich gewillt sind, wenn es sein muß, den Kampf um ihre Existenz auch trotzdem mit allem Nachdruck zu führen. Denn ohne Kampf kein Sieg.

Am 26. April ist in Arnswalde die Arbeit wieder aufgenommen worden. Die Unternehmer haben die zehnstündige Arbeitszeit und 87 % Stundenlohn bewilligt. Bisher wurden bei 10stündiger Arbeitszeit 84 % pro Stunde gezahlt. 10st. Stunden und 88 % sind den Kollegen in Calitz bewilligt. Jetzt ist man nachlässig, deshalb kommen Maßregelungen vor.

Unternehmer Böll in Cammin hatte 7 Kollegen entlassen, weil sie Verbandsmitglieder waren und über ihre Lohnhöhe den Kollegen die Wahrheit gesagt hatten. Beim Arbeitsantritt war dem Unternehmer die Mitgliedschaft bekannt. Er muß nun für 14 Tage Lohn zahlen. Infolge der Tätigkeit eines Rechtsanwalts konnten unsere Kollegen erst im dritten Termin Recht bekommen.

In Demmin hat der Bürgermeister dreimal die Stellung zu sich gerufen. Es scheint zur Einigung zu kommen.

Die Unternehmer in Fiddichow hielten es nicht für nötig, auf die eingereichten Forderungen Antwort zu geben. Am 23. April wurde die Arbeit eingestellt. Am selben Tage kam es zur Verhandlung: 10 Stunden und 88 % für dieses Jahr und 40 % für 1907, sowie Abschluß eines Vertrages bis 1. April 1908 waren das Ergebnis. Die Kollegen stimmten diesem zu.

In Greifswald müssen unsere Kollegen fortgesetzt die Unternehmer der Nachbargemeinde bewegen, den vertraglichen Lohn im Landbezirk Greifswald zu zahlen. Der Arbeitgeberverband tut in dieser Beziehung nichts.

Der Vertrag soll in Neustettin in Reizeit als geleistete Arbeitszeit bezahlt und wöchentlich das Lohngehalt für eine Hin- und Rückreise vergütet werden. Die Unternehmer können sich hier auch nicht auf ein ehrliches Zueinander des Vertrages einstellen. Für März ist seit 1897 eine Lohnsteigerung von 13 % nicht 3 %, wie es in Nr. 17 heißt, eingetreten.

Die Kollegen in Neuwedell haben einen Lohn von 84 % erzielt. Trotz Verabredung hatte man dem Bauvorstand nicht rechtzeitig Mitteilung gemacht. Jetzt ist ein planloses Durcheinander entstanden. Nun soll wieder einmal die Organisation nicht wert sein.

Der Bauarbeiterstreik in Swinemünde ist beendet und führte zum Vertragsbruch. Unsere Organisation steht dem Vorwurf des Vertragsbruchs rein da. Es konnte von den Unternehmern zu wenig hierfür angegeben werden, daß Bürgermeister b. Grözel die Einigungsverhandlungen leitete. Die Unternehmer haben nun die Statuten auf dem Galge. Dem Reaktant des Swinemünder Reglements gefielen diese so sehr, daß er deren Aufhebung empfahl, um den Industriellen und Offizieren das Babelbild vollständig zu machen. Das Blatt ist hochpatriotisch und schimpft das Blau vom Himmel herunter über die Arbeiterorganisationen und „vaterlandslosen Gesellen“. Die Unternehmer wollen ihre Helfer los sein. Rathaus und Konsulat werden belagert, weil wir kein Reizegel-Berauscher.

Der Unternehmer Kleinemann in Baffan wollte in Misbroy dummte Leute suchen. Er bot 45 A. und wollte die Arbeiter des Platz fertig stellen. Einige Baffaner, die den Streikbruch verweigerten, sind von ihm entlassen worden und konnten anderweit in Arbeit treten.

Mietengel und Gmbe in Wollin i. Pom. haben die zehn-stündige Arbeitszeit bewilligt. Der Lohn, 32 bis 35 A., ist ohne Zweifel zu niedrig. Es liegt an den Kollegen, sich mehr zu holen.

Gau Osten. In Graudenz, wo die Unternehmer fünf Tage vor Ostern die Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter aus-sperren, weil sie die Bedingungen der Unternehmer nicht annehmen wollten, haben die Unternehmer am 18. April das Einigungs-amt angerufen. Am 19. d. M. haben dann auch Verhand-lungen stattgefunden. Da es zu keiner Einigung kam, mußte ein Schiedspruch gefällt werden. In diesem Schiedspruch wurde auch der Arbeitslohn der Unternehmer, daß bei Nicht-mitgliedern des Arbeitgeberverbandes 25 pzt. Lohnaufschlag gefordert werden muß, mit eingefügt. Da dieses mit dem Arbeitsverhältnis der Gesellen nichts zu tun hat, auch unurch-säglich ist, lehnten sämtliche drei Verufe diesen Abwas ab. Somit wurde der Schiedspruch angenommen. Somit ist es noch nicht zu einer Einigung gekommen. Es haben sich aber mehrere Unternehmer aus dem Arbeitgeberbund bereit erklärt, die Forderungen, die in dem Schiedspruch niede-gelegt sind, ohne den berühmten Abwas bewilligen zu wollen; denn den meisten Unternehmern gefällt dieses Ding auch nicht. Ob die Hauptlinge es nun zu einem Bruch kommen lassen, oder ob sie noch einlenken, bleibt abzuwarten. Da zwei größere Firmen und einige kleine Unternehmer bewilligt haben, die über ein Drittel der Graudener Bauhandwerker beschäftigen, können die Streikenden warten, bis es den Herren gefällt, vernünftig zu werden.

In Graudenz ist die Aussperrung nun wirklich be-endet. Der Verlauf ist den Kollegen im großen und ganzen bekannt: Die Aussperrung erfolgte 5 Tage vor Ostern, weil bei den vorausgegangenen Verhandlungen keine Einigung erzielt worden war. Um nun die Maurer recht sicher an die Wand zu drücken, konnten sie die Zeit nicht mehr abwarten und giffen zur Aussperrung. Aber diese letzte Quälensnacke brach an der unerfüllbaren Forderung und Disziplin der Graudener Kollegen schädlich zusammen. Schon nach einer Woche unter-warfen sich die Unternehmer dem Schiedspruch des Einigungs-amtes. Dieser sprach den Maurern und Zimmerern einen Stundenlohn für 1906 von 43 A. für 1907 45 A. und für 1908 47 A.; die Bauarbeiter erhalten in derselben Zeit 39, 41 und 43 A. Kalk- und Steinträger 39, 41 und 37 A.; Jung-gefallen erhalten im ersten Gesellenjahre 5 A. pro Stunde weniger. Nachdem diese Grundzüge von beiden Seiten akzeptiert worden war, versuchten die Unternehmer noch, so unter der Hand einen Passus in die Einigungsbedingungen einzuschmuggeln, der die Arbeiter verpflichtete, bei Nichtmitgliedern des Unter-nehmerverbandes nur zu Löhnen zu arbeiten, die um 25 pzt. höher sind als die Tariflöhne. Daraus schloß sich dann noch einmal ein Friedensschluß. Erst nachdem die Unternehmer diese unbillige Forderung fallen ließen, wurden die getroffenen Vereinbarungen angenommen. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgte am 28. April.

In Könitz versuchen die Unternehmer jetzt, die Aussperrten wieder aus der Arbeit zu bringen. Als wenn sie damit etwas erreichen könnten! Die Nachgrube nach Maurern ist in Westpreußen so groß, daß die meisten Unter-nehmer sich freuen, wenn sie nur Königer Maurer erhalten. Hätten unsere Mitglieder zehn Hände, dann würden sie schon für alle zehn Beschäftigung finden. Darum macht sich die Maßnahme recht lächerlich und trägt nur dazu bei, daß unsere Mitglieder um so fester zusammenhalten. Die Italiener scheinen den Herren recht viele Kopfschmerzen zu machen; denn jetzt sollen schon die Bauherren die Mehrkosten bezahlen. Die Leute erhalten 60 bis 65 A. für die Stunde, die Königer wollten nur 40 A. haben. Dazu wollen sich diese aber nicht herbei-laffen, sondern sehen sich schon nach auswärtigen Unternehmern um. Es ist somit gar nicht ausgeschlossen, daß die Herren in Könitz nicht nur ihr Geld, sondern auch die Arbeit los werden und somit eine doppelte Kur durchzumachen haben. Willst du werden sie so am besten kurtiert. In Mennel sind die Unter-nehmer auch von dem Aussperrungskeller befallen. Bei einigen tritt die Krankheit recht scharf auf und hat sich schon in Tothstuf gezeitigt. So wurden schon mehrere Kollegen entlassen, weil sie die Urheber der Unzufriedenheit sein sollten, und dabei haben dieselben jahrelang zur Zufriedenheit des Unternehmers ge-arbeitet. Da die Zeit immer noch nicht günstig war, haben sich die Mitglieder dieses ruhig gefallenen lassen. Das scheint die Herren noch mehr in Aufregung gebracht zu haben; denn sie hatten sich eingebildet, die Maurer würden sich schon im Winter in den Streik begeben lassen. Nun wollen sie aber ganze Arbeit leisten und die Gesellen ein für allemal zur Ruhe bringen. In letzter Woche haben die Unternehmer nun Forderungen auf-gestellt und sogar ihre Pläne zu Papier gebracht. Den Gesellen haben sie es am meisten verüßelt, daß sie ihre Wünsche schriftlich übermitteln dürfen; nämlich, meinten sie, hätten sie es sich noch gefallen lassen. In dem Schreiben wurde den Gesellen einfach erklärt: entweder nehmt Ihr das an, was wir Euch geben wollen oder wir sperren Euch Montag, den 30. April, aus. Die Ge-sellen haben das Anerbieten rundweg abgelehnt; sie wollen es auf einen Streik der Unternehmer antworten lassen. Was die Unternehmer bezwecken wollen, wissen sie wohl selbst nicht; denn bis jetzt haben sie ihre Bauten nur halb befestigt, obgleich sie die halbe Welt nach Maurern ab-gesucht haben. Wahrscheinlich bilden sie sich ein, daß die Maurer als Streikbrecher doch zum Meisel finden. Wir wollen ihnen den Glauben auch nicht nehmen. So viel ist wohl sicher, machen die Unternehmer ihre Drohung wahr, dann geht es ihnen grade so wie den Graudener Unternehmern; sie fallen dann glänzend hinein. In Thorn haben unsere Mitglieder auch den dreißigstündigen Vertrag angenommen. Somit ist auch für Thorn der Lohn bis zu 45 A. festgelegt. Der Erfolg hätte aber größer sein können, wenn die Thormer Maurer sich einig geblieben wären. Gerade auf diese Uneinigkeit hatten die Unter-nehmer ihre Pläne aufgebaut und versuchten nun die Forderungen heranzugrubeln. Da ihnen die Polenvereinigung hilfreich zur Seite sprang, waren sie oben auf und konnten es darauf antworten lassen. Hätten die Polen Wort gehalten und sich nicht als Streikbrecher gebrauchen lassen, dann hätten die Thormer Kollegen schon in diesem Jahre die 45 A. erhalten. Daß es nun nicht geschehen ist, dafür können sich die Thormer bei dem „Potenzkönig“ Brühl beklagen. Dieser Mann hat

es durch seine Sonderbestellungen fertig gebracht, die Macht der Thormer Maurer durch Zersplitterung zu brechen. Den Kollegen in Thorn möge dieses in als Warnung dienen und sie dazu anspornen, daß die Einigkeit wieder herbeigeführt wird, damit das Verhängnis das nächste Mal wieder eingeholt werden kann. In Osterode, wo die Unternehmer den im vorigen Jahre abgeschlossenen Vertrag gebrochen haben, indem sie den Lohn kürzten, wird es voraussichtlich auch in der nächsten Woche zum Streit kommen. In Solbap ist gleichfalls die Arbeit eingestellt worden, weil die Unternehmer die Forderung nicht bewilligen wollten. Die Mitglieder sind, bis auf die Streik-leitung, alle in anderen Orten in Arbeit getreten. Es ist aber nötig, daß die Kollegen auf die Annoncen der Unternehmer achten und sich nicht durch diese verleiten lassen, nach Solbap zu gehen! Also Zuzug ist fernzuhalten! Von den Königer Unter-nehmern: Herrmann, Arnold, Wiebe, Maas und Silberbrandt, dann von Mennel, Osterode und Solbap.

In Stargard haben die Kollegen am 29. April den Streik beschlossen, nachdem alle Versuche, die Forderungen auf friedlichem Wege durchzusetzen, gescheitert sind.

Gau Berlin. Teupitz. Die Geschäftsperre über Wiemann ist beendet. Die Bewilligung am 14. April die Forderungen. In folgenden Lohnbezirken kam es zum Abschluß von Tarifen:

Wienandorf. Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9½ Stunden und Lohnerhöhung von 50 auf 55 A.

Schwedtau. d. O. 2 A. Lohnerhöhung (40 A.). Bei Arbeiten über Land wird eine Lohnzulage von 3 A. pro Stunde gewährt, und des Morgens wird eine halbe Stunde später die Arbeit begonnen, ohne daß eine Lohnzulage eintritt.

Gr.-Westen. Lohnerhöhung von 55 auf 60 A.

Gr.-Kreuz. eine solche von 40 auf 45 A.

In Trebbin erhöht sich der Lohn von 47½ auf 50 A. pro Stunde.

Zwischen unserer Organisation in Färstenberg i. Mecklenburg und den dortigen Unternehmern ist eine mündliche Vereinbarung zu Stande gekommen, wonach der Lohn vom 1. Juli d. J. von 37½ auf 40 A. erhöht werden soll. Die Kollegen vermögen sich nicht mehr zu einem energischen Handeln aufzuraffen, sonst wäre min-destens eine sofortige Lohnerhöhung möglich gewesen.

In der Aussperrung in Wittenberge und dem Wülfberger Streik hat sich nichts Wesentliches ge-ändert. Im letzten Orte fand eine durch den Bürgermeister beantragte Verhandlung mit den Unternehmern statt. Sie wollten den Lohn vom 1. Oktober d. J. an auf 30 A. er-höhen. Der bisherige Lohn von 28 A. soll somit bis Ende dieses Baujahres nicht verändert werden; damit können sich die Streikenden kaum aufreiben geben, und die Unter-nehmer werden sich wohl doch entschließen müssen, die be-scheidene Forderung von 22 A. Lohn sofort zu bewilligen.

In Posen haben 27 Unternehmer unseren redu-zierten Tarif, wonach für 1906 52 A. und für 1907 55 A. pro Stunde festgelegt sind, unterzeichnet anerkannt. Der „Arbeitgeber-Verband“ dagegen beharrt noch hartnäckig auf seinem Standpunkt und gibt sich die äußerste Mühe, Zugang herauszuholen. Bisher ist es bis auf einige Ausnahmen immer noch gelungen, die betörten Kollegen aufzuklären, so daß sie den Staub Posen wieder von den Füßen schüttelten.

In Nr. 16 des „Grundstein“ steht unter Spandau, daß der Lohn um 5 A. erhöht sei und nun 55 A. betrage. Das ist ein Irrtum; der Lohn betrug schon 1905 pro Stunde 55 A. und ist vom 1. April 1906 um 5 A. erhöht worden, beträgt also nach dem neuen Vertrag 70 A. Der Vertrag gilt bis 1. April 1907.

Gau Breslau. In Breslau bereitet sich allem Anscheine nach ein schwerer Kampf vor. Der Arbeitgeber-Verband stellte im Februar in einer Verhandlung den Maurern und Zimmerern bekanntlich eine Lohnerhöhung von 53 A. für 1906 und von 55 und 58 A. für die beiden folgenden Jahre in Aussicht, und im dritten Jahre eine Arbeitszeitverkürzung von zehn auf neunzehn Stunden. Nachdem die Herren allem Anscheine nach auf dem Ver-bandsstage ihrer Organisation in München im Monat März befehrt worden sind, daß die Bewilligungen den Wünschen leitender Unternehmerräte nicht entzogen, und über 1908 hinaus in einer so bedeutenden Stadt Verträge nicht geschlossen werden sollen, hat der Breslauer Arbeitgeber-Verband das Angebot zurückgezogen. Und nun bieten sie für die nächsten beiden Jahre je eine Lohnerhöhung von 2 A., also im zweiten Jahre 54 A., ohne eine Verkürzung der Arbeitszeit. Dafür aber wird verlangt, daß eine schätzbare Bestimmung in den Vertrag Aufnahme findet, wonach die Agitation auf der Arbeitsstelle verboten ist. Den Bauarbeitern ist ebenfalls dieses Angebot gemacht. Wei-tere Verhandlungen sind von den Arbeitgeberern abgelehnt, dafür droht aber dieser Verband mit Zurückziehung der Angebote, wenn nicht bald die Tarife zum Abschluß kom-men. Die Bauarbeiter haben das Einigungsamt ange-rufen, und wenn bis zum 20. April keine Einigung erfolgt, soll am 1. Mai der Streik beginnen. Nach den positiven Erklärungen des Arbeitgeberverbandes erscheint eine Ein-igung ausgeschlossen. Letzterer wünscht allem Anscheine nach einen Kampf. Die Aussperrung der Maurer und Zimmerer wird dann nicht lange auf sich warten lassen, und dann beginnt in der Zentrale Schloßens ein harter Kampf. Wir bitten, deshalb schon heute die Kollegen aller Gaus, hievon Kenntnis zu nehmen.

Gau Dresden. Der Streik in Schandau, Stolpen, Neu-rab, Sebnitz und Königstein und Umgebung dauert fort. 565 Maurer haben die Arbeit niebergelegt resp. sind ausgesperrt. 18 sind festgehalten. Im Laufe der drei Wochen sind von den Streikenden 12 abgelaufen, mit Zuzug sind im ganzen 84 Streikbrecher zu verzeichnen. Hierbei sind in einigen Orten die Polizei mit eingeschlossen. Abgereist sind in andere Beschäftigung gekommen fast 108 Kollegen. Einige Unternehmer haben keinen einzigen Maurer in Arbeit.

In der Rabenburger und Königsdorfer Gegend hat ein Teil unserer Kollegen ebenfalls im Kampf. In Pulsnitz, Großhirsdorf und Umgebung hat die Lohnbewegung gleichfalls begonnen. Ebenso in Ober- und Niedernutzsch und Schirgiswalde. Hier handelt es sich um Einführung der zehnstündigen Arbeits-

zeit und Erhöhung des Stundenlohnes auf 33 A. Bautätigkeit und Organisation sind gut. In Frage kommen außer Ober- und Niederneutitz: Ruyau, Schandau, Lautewalde, Witten, Schirgiswalde, Schandau, Witzschdorf, Sebnitz, Wolmsdorf, Ringenau und ein Teil kleinerer Orte im Amts-gerichtsbezirk Schirgiswalde und Witzschdorf.

Den Kollegen zur Mitteilung, daß die „Freie Ver-einigung der Maurer, Zimmerer und Bau-arbeiter“ in Dresden eine Streikbrecher-vereinigung ist. Die übergroße Zahl der sich etwa auf ein Viertel Hundert belaufenden „Freien Maurer“ arbeitet nur dort, wo Streik ist, andernfalls arbeiten sie im Afford, der in Dresden nicht gestattet ist.

Gau Leipzig. In Leipzig ist die Lohnbewegung erledigt. Die Unternehmer bewilligten den verlangten Stunden-lohn von 46 A.; bisher war der Stundenlohn 40 A.

Die Kollegen in Döben forderten die Erhöhung des Stundenlohnes von 38 auf 38 A. Durch Vergleich mit den Unternehmern wurde der Stundenlohn auf 35 A. festgelegt.

In Triebitz forderten die Kollegen zehnstündige Arbeits-zeit und 35 A. Lohn. Der Unternehmer fechtete, der die Mehr-heit der Maurer beschäftigt, lehnte die Forderung ab und griff zur Aussperrung. Er hatte aber vergessen, daß die Leute bei ihm im Kündungsverhältnis standen. Nachdem die Aussperrung einen Tag gedauert hatte, forderte fechtete die Kollegen auf, weiter zu arbeiten, was die Kollegen auch taten, weil die Ent-wicklung der Bautätigkeit im allgemeinen noch viel zu wünschen übrig läßt.

Am 5. April war die Kündigungsfrist abgelaufen. In der Zwischenzeit hatte fechtete, da er mit den Kollegen selbst nicht verhandeln wollte, beim Bürgermeister ein Schriftstück ab-gegeben, worin er die zehnstündige Arbeitszeit und 30-34 A. Stundenlohn anbot. An die Annahme dieses Angebotes war gar nicht zu denken. Nachdem der Streik 14 Tage gedauert hatte, bewilligte der Unternehmer die Forderung glatt. Drei andere Unternehmer hatten die Forderung schon am 5. April bewilligt.

Die Langenberger Kollegen erhöhten ihren Stunden-lohn durch Vergleich von 37 A. auf 40 A. pro Stunde.

In Schmolln hatten die Kollegen Aufseher des Stundenlohnes von 37 A. auf 40 A. verlangt. Durch Ver-einbarung mit den Unternehmern wurde der Stundenlohn auf 39 A. festgelegt.

In Frankenberg und Fißba ist die zehnstündige Arbeitszeit von den Unternehmern anerkannt worden. Nur kam sich ein Teil der Frankenberger Maurer, aus solche die voriges Jahr für die zehnstündige Arbeitszeit gestrichelt haben, noch nicht an diese Ehrung, gewöhnen. Der Lohn beträgt in Frankenberg 38 A., in Fißba 40 A. pro Stunde.

Die Kollegen in Leuchtern erhöhten den Stundenlohn von 38 A. auf 40 A. pro Stunde. In einem Falle kam es zum Streik, woran auch Kollegen beteiligt sind.

Die Lohnbewegung in Großwig und Schmiedeberg wurde auch ohne Streik erledigt. Die Kollegen forderten 35 A. Stundenlohn, was nach längerer Verhandlung mit den Unter-nehmern von diesen bewilligt wurde.

In Ammendorf, Zweigverein Halle, fordern die Kollegen 46 A. Stundenlohn. Die Unternehmer hatten auf die Eingabe nicht geantwortet, so daß es am 19. April zum Streik kam; woran 172 Kollegen beteiligt sind. Die Arbeitsnieder-legung war allgemein. Eine Anzahl kleinerer Unternehmer, die 46 Mann beschäftigen, hat die Forderung bewilligt, so daß sich der Streik nur noch auf die drei größten Unternehmer er-streckt. Der Unternehmer Weichert aus Halle hat bereits sieben italienische Streikbrecher erhalten.

Die Zwickauer Kollegen fordern zehnstündige Arbeits-zeit und 42 A. Stundenlohn; dort ist es am 28. April zum Streik gekommen. Selbstverständlich muß von den Streikfor-ten der Zuzug ferngehalten werden.

Gau Erfurt. In Weimar ist eine Forderung in der Lohnbewegung nicht eingetreten. Es beteiligten sich an dem Ausstand 184 Kollegen, davon sind bis jetzt circa 80 abgereist und 25 arbeiten zu den neuen Bedingungen, so daß 85 Kollegen im Streik bleiben. Hierin sind 30 zu Streikbrechern geworden, und zwar durch einen schlaun Trieb der Unternehmer, indem sie dem „Arbeitgeber-Bund“ beigetreten sind und sofort Karten an die Maurer ver-breiteten, worin sie erklärten, die Forderung sei bewilligt und die Arbeit könne sofort aufgenommen werden. Auf diesen beim Häften dann auch verschiedene Kollegen und wurden somit Streikbrecher. Auf den Arbeitsplätzen machen die Unternehmer dadurch Stimmung, daß sie sogar Invaliden, die eigentlich zu jeder Arbeit unfähig sind, be-schäftigen, darunter einen mit einem Gummiamm und einen mit nur einer Hand. Es bleibt abzuwarten, ob die Unternehmer nun mit sich verhandeln lassen. In einer am 27. April abgehaltenen Versammlung wurde von den An-wesenden aufs neue gelobt, fest und treu an unserer Forder-ung festzuhalten und die Streikbrecher in ihrem Geiz aufzufuchen, um mit ihnen sachlich zu unterhandeln.

Gau Nürnberg. Wie bereits in der letzten Nummer des „Grundstein“ erwähnt ist, ist der Streik in Amberg durch Vergleich beendet. Der Vertrag bringt eine Lohn-erhöhung von 3 A. pro Stunde, und endigt mit dem 1. Januar 1908 mit einer einmonatlichen Kündigungs-Arbeitswilligen Brauch der erhöhte Lohn nicht geschildert zu werden.

In Gosa d. Saale hatten unsere Kollegen im Jahre 1895 durch einen sechsmonatigen Kampf die zehn-stündige Arbeitszeit errungen, die aber inzwischen durch ihre Flauheit wieder in eine elfstündige umgewandelt wurde. Im heutigen Jahre sind die Kollegen mit allem Ernst daran, das Verlorene wieder zurückzugewinnen, was den Unternehmern bereits bekannt geworden ist. Es hat daher, um einen Kampf nicht herauszufordern, ein Teil der Unternehmer seit einigen Wochen den Zehnstündigen eingeführt, nur auf dem Schulhausneubau wurde von dem Vorstehenden des „Arbeitgeber-Verbandes“ mit aller Zähigkeit an dem elfstündigen Arbeitszeit festgehalten, weshalb am 28. April die dort beschäftigten Kollegen und auch die Hilfs-arbeiter gleichfalls den Zehnstündigen verlangten. Dieses Verlangen beantwortete Herr J. M. Brechms mit der Aus-sperrung sämtlicher Arbeiter. Inzwischen wird sich Brechms die Sache wohl etwas überlegt haben, denn am 28. April gab der „Arbeitgeber-Verband“ in allen Zeitungen am Orte bekannt:

Die an dem Schiller-Schulhaus-Ambau am vergangenen Mittwoch, den 22. cr., Abends 6 Uhr freiwillig die Arbeit gleichbleibenden Arbeiterinnen am Samstag, den 23. cr., zu den alten Bedingungen wieder eingestellt werden.

Die Arbeiter, die sich mit der eintägigen Arbeitszeit nicht einverstanden erklären wollen, können nur erst ab 3. Mai zur Einstellung gelangen, es wird von diesem Tage an die zehntägige Arbeitszeit in allen hiesigen Bauarbeiten eingeführt, wozu noch bemerkt wird, daß die Einstellung der Arbeitszeit selbst und bezüglich der Mittagspause im Einvernehmen mit den Arbeitern erfolgen soll. Arbeitgeberverband usw.

Diese Bekanntmachung haben unsere Kollegen damit beantwortet, daß den Unternehmern die schon längst bestehende Forderung unterbreitet wurde. Außer der zehntägigen Arbeitszeit wird ein Lohn von 45 $\frac{1}{2}$ pro Stunde gefordert.

In Würzburg verlangen unsere Kollegen 48 $\frac{1}{2}$ Lohn pro Stunde, den Unternehmern ist eine diesbezügliche Forderung bereits gegangen. In einer Versammlung aller Unternehmern des Baugewerbes wurde für eine allgemeine Bauarbeiterausperrung plädiert. Ob sich alle Unternehmer von den Bauwerken in die Kesseln setzen lassen, muß noch abgewartet werden.

Gau Stuttgart. In der zum Zweigverein Ulm gehörenden Baufeldstraße 6 wurden am 16. April Lohnforderungen gestellt. Gefordert wird für Maurer über 19 Jahre 35 $\frac{1}{2}$ für die Stunde, bisher war Höchstlohn 28 $\frac{1}{2}$, Durchschnittslohn 27 $\frac{1}{2}$. Am 24. ds. Mts. fanden Unterhandlungen statt; es wurde in allen Punkten eine Einigung erzielt bis auf den Punkt Lohn. Die Unternehmer haben die Löhne um 2 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ erhöht und wollen auf diesen Standpunkt beharren, die Kommission ist den Unternehmern soweit entgegengekommen, daß sie den Vorschlag machte, vom 1. Mai bis 30. Juli 33 $\frac{1}{2}$ und vom 1. August bis 30. April 35 $\frac{1}{2}$ für die Stunde zu zahlen; die Unternehmer lehnten auch dieses ab, erwiderten dagegen, lieber einem Staltler 45 $\frac{1}{2}$ zu zahlen als den Kollegen 33 $\frac{1}{2}$, die schon zum Teil 20 bis 25 Jahre bei einem Unternehmer arbeiten. Da nicht die geringsten Zugeständnisse gemacht wurden, legten circa 50 Kollegen die Arbeit am 25. April nieder, weil „Arbeitswillige“ sind stehen geblieben und zwei hatten sich anderen Tages wieder eingestellt, einer konnte wieder herausgeholt werden. Die Situation ist gut und die Stimmung ebenfalls. Die Kollegen werden auf den Sieg nicht mehr lange zu warten brauchen; denn der Zimmermeister hat ihnen geholfen, er hat einen Lohn von 34–36 $\frac{1}{2}$ bewilligt.

Gau Frankfurt a. M. In Fildesheim b. Mainz wurden den Unternehmern am 17. April Forderungen unterbreitet und eine Antwort bis zum 21. April verlangt. Die Unternehmer haben es aber nicht für nötig gehalten, zu antworten. Eine am 22. April abgehaltene Versammlung beschäftigte sich mit der Sachlage und beauftragte die Lohnkommission, am 23. April bei den Unternehmern vorstellig zu werden und noch denselben Abend 6 Uhr eine Versammlung zur Berichterstattung abzuhalten. Die Kommission war bei den Unternehmern vorstellig geworden, ohne eine Einigung zu erzielen, so daß dann in der Versammlung einstimmig beschlossen wurde, am Dienstag die Arbeit niederzulegen.

In Fintzen wurden am 20. April den Bauunternehmern Aufträge auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unterbreitet und die Antwort bis zum 24. April erbeten. Die Unternehmer haben es nicht für nötig gehalten, zu antworten. Am 26. April wurde die Lohnkommission nochmals bei den Unternehmern vorstellig, doch ohne Erfolg. In einer am selben Nachmittag abgehaltenen Versammlung wurde über diese Mißerfolge Bericht erstattet. Man bedauerte die Gutmütigkeit der Unternehmer und beschloß einstimmig, die Arbeit sofort einzustellen.

Gau Dortmund. In einigen kleineren Orten unseres Bezirkes wird es in den nächsten Tagen auf jeden Fall zum Streik kommen. In Bochum fanden am 23. März Verhandlungen mit den dortigen Unternehmern statt, die jedoch zu keinem Resultat führten, da die Unternehmer wohl eine kleine Lohnaufbesserung versprochen, von einem Minimallohn und Verkürzung der Arbeitszeit aber nichts wissen wollten. Jetzt haben die Kollegen bei der größten Firma am Orte die Kündigung eingereicht, sie läuft am 4. Mai ab. Zugut ist also ferngehalten. Auch in Rheine haben bereits zweimal Verhandlungen stattgefunden. Die dortigen Unternehmer sind aber noch weit rückständiger als die Bochumer. Ein Ultimatum von Arbeitsvertrag und ebensolcher Arbeitsordnung haben sie ausgearbeitet und uns vorgelegt. Wir werden dies Konstruktum nächstens etwas eingehender beleuchten. In einer Versammlung am 24. April wurde das Ansinnen der Unternehmer einstimmig abgelehnt, und so wird es auch hier nächstens zum Kampf kommen. Auch hier ist der Bezug ferngehalten. Die Fliesenleger haben für das ganze Industriegebiet den Unternehmern einheitliche Forderungen, und zwar 75 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn und neunstündige Arbeitszeit, unterbreitet. Von der Geschäftsleitung des Arbeitgeberverbandes erhalten wir nun die Mitteilung, daß sich die „Vereinigung der Arbeitgeber im Plattengeberbe für Rheinland und Westfalen“ ihrem Bunde angeschlossen habe, und daß sie beantragt, nun auf Grund des § 10 des Vertrages für das Industriegebiet die Lohnfrage durch das Einigungsamt zu entscheiden. Ein Termin zur Verhandlung ist bis jetzt vom Einigungsamt noch nicht festgesetzt. Wenn aber die Unternehmer glauben, hierdurch die Entscheidung hinzuschleppen, so befinden sie sich auf dem Schlaube.

Gau Cassel. Die Sperre über den Unternehmer Dehm in Großalmerode ist aufgehoben. Dehm hat sich bereit erklärt, an den jetzt begonnenen Bauten pro Stunde 40 $\frac{1}{2}$ und bei späteren Arbeiten 42 $\frac{1}{2}$ pro Stunde zu zahlen. Vorher betrug der Stundenlohn 33 $\frac{1}{2}$. Die Arbeit ist bereits am 23. April wieder aufgenommen.

In Werl sind sich die Fabrikanten, Spanner und Putzträger der Firma Otto Stüwe seit dem 18. April im Streit. Die Firma, Mitglied des Berliner Bauarbeitervereins, deren Inhaber zwei Jahre in der Schlichtungskommission gesessen hat, bezog bei ihr beschäftigten Leuten nicht den vertraglich festgesetzten Lohn; auch konnte sich Herr Stüwe nicht an die achtstündige Arbeitszeit gewöhnen. Als nun einzelne Arbeiter die achtstündige Arbeitszeit einhalten wollten, wurden sie von Herrn Stüwe mit dem Bemerkten entlassen, daß, wer nicht neun Stunden arbeiten wolle, gehen könne. Nachdem dies die

anderen bei der Firma beschäftigten Leute erfahren hatten, legten sie am Montag und Dienstag die Arbeit bei der Firma nieder. Herr Stüwe ist einer von den „Arbeitgebern“, die wohl Verträge abschließen, aber nicht im entferntesten daran denken, sie innezuhalten. Für Puffer ist der Lohn laut Vertrag 90 $\frac{1}{2}$, für Spanner 75 $\frac{1}{2}$ und für Träger 72 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Herr Stüwe aber bezahlt Klassenlöhne, und zwar für Puffer 75–90 $\frac{1}{2}$ und für Spanner und Träger 60–70 $\frac{1}{2}$. In einer Versammlung der bei der Firma beschäftigten Leute wurde festgestellt, daß die Firma den tariflich festgesetzten Stundenlohn für Spanner und Träger überhaupt nicht bezahlt. Herr Stüwe beliest, derartige unter dem Lohn honorierte Arbeiter als „Lehrlinge“ zu bezeichnen. Den Vorschlag des Obmanns der Schlichtungskommission, die Angelegenheit vor der Kommission zu erledigen, lehnte Herr Stüwe einfach ab. So blieb nichts weiter übrig, als ihm durch eine Sperre Mores zu lehren.

Gau Braunschweig. Die Lohnbewegung in Hötensleben ist abgeschlossen. Auf Anregung unserer Kollegen erhöht die Unternehmer den Stundenlohn von 35 auf 38 $\frac{1}{2}$. Diese Bewegung ist durch die im Vorjahre nach vierzehntägigen Streik in Schöningen erhobenen Löhne günstig beeinflusst worden. In Wolfenbüttel ist es, wie schon kurz gemeldet, am Sonnabend, den 21. April, zum Streit gekommen. Die Unternehmer beantworteten unsere Forderungen dahingehend, daß sie nicht mit der Organisation, sondern mit ihren eigenen Leuten verhandeln wollten. Aus laßlichen Gründen arbeiteten die Kollegen in der Werkstelle des Obermeisters Müller weiter; aber schon am Mittwoch, den 25. April, kam es zwischen den Meistern und unserem Zweigvereinsvorstande zur Verhandlung, an der auch ein Vertreter des Bauarbeiters teilnahm. Die Meister boten 2 $\frac{1}{2}$ Zulage und erklärten, sich auf weitere Zugeständnisse nicht einlassen zu können. Die Streikenden, die zu diesem Angebot Stellung nahmen, beschloßen, dieses nicht anzunehmen; da aber die Meister Entgegenkommen zeigten, wurde die Forderung auf 48 $\frac{1}{2}$ reduziert und der Vorstand beauftragt, auf dieser Basis erneut mit den Unternehmern Verhandlungen anzubahnen. Die Unternehmer kämpften jetzt mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln. Zunächst mußte Müller alle Maurer auspersperren. Des weiteren hat man sich mit den Materiallieferanten verhandelt und nun versucht man, bei beiden Unternehmern, die bewilligt haben, die Materialien vorzunehmen. Die Streikenden werden diesen Kampf bis zum Siege durchführen.

Gau Magdeburg. In Warby wurde den Unternehmern am 24. April die Forderung auf 38 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn und 40 $\frac{1}{2}$ Bandgeld pro Tag unterbreitet. Am 27. nahm eine Versammlung den Bericht der Lohnkommission entgegen. Zwei Unternehmern hatten sich bereit erklärt, 36 $\frac{1}{2}$ zu zahlen, die zwei kapitalstärksten Unternehmer hatten nicht geantwortet. In der Versammlung herrschte lebhafteste Streikstimmung. Auf Vorschlag des Bauarbeiters wurde jedoch beschlossen, sofort persönliche Verhandlungen einzuleiten. Das Resultat wurde, daß sich die in Betracht kommenden Unternehmer bereit erklärten, bis zum 1. September 36 $\frac{1}{2}$ und von da ab 38 $\frac{1}{2}$ und das Bandgeld zu zahlen. Diese Zugeständnisse dürften dazu führen, daß die Kollegen dem Streik Abstand nehmen.

In Calbe ist der Zimmererstreik erledigt, bevor ein größerer Ansturm Kollegen in Mitleidenschaft gezogen wurde.

Die Okerburger Kollegen nahmen am 25. April in einer hart behandelten Versammlung zur Antwort der Unternehmer Stellung. Mit 56 gegen 24 Stimmen bei den Maurern und mit 24 gegen 3 Stimmen bei den Zimmerern wurde das Gebot der Unternehmer verworfen. Von einer Streikfklärung nahmen die Kollegen noch Abstand, da den Unternehmern zur Zeit ein Streik nicht ungenügend gekommen wäre. Der Streik in Schandelsleben ist mit einem mageren Vergleich beendet worden. Das nächste Mal müssen die Kollegen besser zum Kampfe geschult werden. 2 $\frac{1}{2}$ Lohnerhöhung ist ein zu geringer Preis des Kampfes; ein besserer Zusammenhalt hätte mehr gebracht.

Im Staßfurter Industriegebiet fordern die Kollegen 45 $\frac{1}{2}$ Einheitslohn. Bis hierher waren die Löhne sehr sehr verschieden, während die Staßfurter Arbeiter mit 42 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ lohten, lohten die Gießler nur mit 37 $\frac{1}{2}$, die Gießner gar nur mit 34 $\frac{1}{2}$. Die Kollegen werden energisch den Ausbau der Organisation weiter fördern müssen, um dem gesteckten Ziele nahe zu kommen.

Die Stenbaler Unternehmer können den Herrenstandpunkt noch immer nicht verlassen. Den Arbeiter bei dem Verkauf seiner Arbeitskraft mitreden zu lassen, ist für sie gleichbedeutend mit der Auflösung aller Staatsautorität, bedeutet die Errichtung des Zukunftsstaates. Dieser werden sie Tausende für ausländische Arbeitskräfte auf, indem sie diesen 46 $\frac{1}{2}$ pro Stunde zahlen (wie am Kaiserbau), ehe sie die minimalsten Forderungen der Arbeiter anerkennen. Nun hatte es in letzter Zeit den Anschein, als wenn eine mildere Richtung im Arbeitgeberverbande Oberwasser bekäme; der Großkapitalist Dehne war verdrängt aus der Versammlung gelaufen; der Arbeitgeberverband drohte aufzutreten; als dann aber unsere Kollegen das winzige Angebot zurückwiesen, da fand sich Herr Dehne wieder ein, um seiner Herrenmoral die Fägel schloßen zu lassen. Doch dürfte ihm das diesmal wenig nützen. Der Unternehmer Werner, früher Techniker bei Dehne, hat sich bereit erklärt, bis zum 1. Juli 41 und von da ab 43 $\frac{1}{2}$ zu zahlen. Damit ist die Forderung der Kollegen anerkannt. Das dürfte auch die Stellungnahme des Arbeitgeberverbandes wesentlich beeinflussen. Im Streit stehen bei drei Unternehmern 40 Kollegen. Die übrigen Unternehmer sollen sich mit Ausperrungsgeboten tragen. In Halle ist 2 $\frac{1}{2}$ Lohnerhöhung mit der Maßgabe, daß der Durchschnittslohn 40 $\frac{1}{2}$ betragen soll, unterbreitet worden. Wenn hier die Kollegen richtig aufpassen, kann der Erfolg nicht ausbleiben. Die Unternehmer haben dem Zweigvereinsvorsitzenden mitgeteilt, daß sie benachteiligt eine gemeinschaftliche Sitzung ansetzen werden.

Gau Hannover. In Hildesheim, wo der Vertrag am 1. April abgelaufen ist, fühlen sich unsere Kollegen auch ohne Vertrag ganz wohl, trotzdem die Herren vom Arbeitgeberbund gedroht hatten, daß, wenn der alte Vertrag nicht ganz gehoramt verlängert würde, sie sich an nichts gebunden fühlten. Am 42 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn, den übrigens bloß 60 p. h. der Gesellen erhalten, Reduktionen vorzunehmen, scheint den Herren aber selbst, unangehuer, und so hat man diese Unverschämtheit nur in einigen Fällen bestraft. Von welcher Natur die bündelstischen

Unternehmer aber besetzt sind, davon legt folgendes Schreiben Zeugnis ab: „An die Lohnkommission der Bauarbeiterorganisation des Baugewerbes, usw. Auf unser letztes Schreiben vom 8. März ging Ihre Antwort erst am 29. März, also nur zwei Tage vor dem 1. April, dem Ablauftermin des Arbeitsvertrages, ein. Wir mußten deshalb bis dahin annehmen, daß Sie stillschweigend den alten Vertrag als für ein Jahr weiterlaufend annehmen würden, und unsere Mitglieder sind sämtlich in die neue Bauperiode eingetreten unter der Annahme, daß die Löhne und Arbeitsverhältnisse für diesen Sommer die alten bleiben würden. Neben allen anderen gewichtigen Gründen, welche uns zwingen, Ihre in dem neuen Vertragsentwurf gestellten höheren Forderungen abzulehnen, ist obiger Umstand ein weiterer Grund, welcher es uns unmöglich macht, zur Zeit den Arbeitsvertrag zu ändern. Wir weisen auf alle diese, Ihnen schriftlich wie in mündlichen Verhandlungen ershöpft mitgeteilten Gründe hier nochmals hin und teilen dazu noch mit, daß wir schon am 7. März den Beschluß faßten, daß selbst für eine eventuelle vertragslose Zeit ein Mitglied nicht berechtigt sein sollte, Kürzungen der Löhne vorzunehmen, und bemerken nochmals, daß wir uns in eine Verhandlung über Erhöhung der Löhne oder Verkürzung der Arbeitszeit nicht einlassen können. Sollten Sie jedoch bereit sein, mit uns in gemeinschaftlicher Verhandlung lediglich und allein die Verlängerung des Vertrages zu vollziehen, so sind wir dazu bereit und ersuchen um eine diesbezügliche Erklärung. Hochachtungsvoll Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe. (Unterschriften).“ Daß die Maurer den bisherigen Vertrag nicht verlängern wollen, ist in den seit November vorigen Jahres so und soviel mal stattgefundenen gemeinsamen Sitzungen wiederholt gesagt worden. Andererseits wollen die Maurer nicht länger für einen Stundenlohn von 42 $\frac{1}{2}$ arbeiten. Sie werden im Gegenteil am 30. April die Arbeit einstellen, um die Unternehmer etwas umzustimmen.

In Okerode am Harz haben jetzt auch die Hausbesitzer herausgefunden, daß es eine Unerschämtheit seitens der Maurer ist, eine Lohnerhöhung von 30 auf 35 $\frac{1}{2}$ zu fordern, und deshalb sogar noch in den Streik zu treten. Sie haben deshalb beschlossen, auf Jahre hinaus nur die dringlichsten baulichen Reparaturen vornehmen zu lassen, Neubauten aber erst dann, wenn der neue Bebauungsplan fertig und genehmigt ist; bis dahin sollen die Maurer alle verhungert sein. Sie halten diese Maßregel für unbedingt notwendig, weil sie sich angeblich in der Notwehr befinden. Die Maurer glauben aber, bisher schon als Hungerkünstler genügend geleistet zu haben und wollen weitere Forderungen nicht mehr mitmachen. Sie stülpen den heimlichen Staub von den Pantoffeln, und nun können diese Sorte „Borgers“ sich mit ihresgleichen, den Herren Maurermeistern, trösten. Wenn nun bloß der neue Bebauungsplan bald kommt, sonst verhungern sie noch eher als die Maurer.

In Holzminden hatten unsere Kollegen Montag, den 23. April, die Arbeit eingestellt, da die Unternehmer zu irgend einem Zugeständnis nicht zu bewegen waren. Nachdem sich die Unternehmer im Laufe des Tages bequemt hatten, sofort 1 $\frac{1}{2}$ zuzulegen und am 1. Juni einen zweiten, so daß dann ein Lohn von 38 $\frac{1}{2}$ erreicht ist, wurde beschlossen, Dienstag früh die Arbeit wieder aufzunehmen. Dem Gefallen auszuweichen wurde aber der Auftrag erteilt, sofort mit den Unternehmern von neuem in Verhandlung zu treten, damit noch im Laufe dieses Jahres der Lohn von 40 $\frac{1}{2}$ erreicht wird, wie die ursprüngliche Forderung lautete.

In Münden streiken die Zimmerer; da dadurch auch unser Gewerbe beeinträchtigt wird, so ist der Bezug von Münden ferngehalten.

Gau Bremen. Schneller als man gedacht sind die Streiks der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter beendet worden. Am 28. April fanden Unterhandlungen statt, die folgendes Ergebnis hatten: Die Arbeitszeit ist wie bisher eine zehnstündige. Der Stundenlohn für Maurer und Zimmerer beträgt bis zum 1. April 1907 45 $\frac{1}{2}$, vom 1. April 1907 bis 1. Juli 1907 46 $\frac{1}{2}$, vom 1. Juli 1907 bis 1. Mai 1908 47 $\frac{1}{2}$. Junggefellene erhalten im ersten Vierteljahr nach ihrer Lehrzeit 35 $\frac{1}{2}$, im zweiten 40 $\frac{1}{2}$, dann den vollen Stundenlohn. Ueberstunden, Sonntags-, Nacht- und Wasserarbeit werden mit 10 $\frac{1}{2}$ Aufschlag pro Stunde vergütet. Der Lohn der Bauhilfsarbeiter ist um 10 $\frac{1}{2}$ pro Stunde niedriger als der der gelernten Arbeiter. Ferner ist in dem Vertrage festgelegt, daß in der Baubude ein Ofen vorhanden sein muß. Die Heizung der Baubude muß in der Zeit vom 1. Oktober bis 1. April vor sich gehen. Auch ein Verbandstafel muß auf jeder Baustelle vorhanden sein. Aborte müssen den sanitären Verhältnissen entsprechen. Der freien Lohnvereinbarung unterliegt Landarbeit bis zu 5 Kilometer um Umkreise. Eine solche Vereinbarung ist auch zwischen Invalidenten usw. beziehenden Arbeitern oder solchen, die wegen vorgerückten Alters minder erwerbsfähig sind, zulässig. Der Lohn muß Sonnabends auf der Baustelle ausgegahlt werden.

Die Unternehmer in Nordenham die den Mund so voll nahmen und unsere Kollegen bereits geknallt hatten, haben sich gleichfalls schnell nach Frieden gesüht. Am Freitag voriger Woche wurden beide Gewerkschaften zur Verhandlung aufgefordert. Die Maurer erhalten vom 1. Oktober ab einen Lohnzuschlag von 2 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$, so daß der Stundenlohn von da ab 52 $\frac{1}{2}$ beträgt; gleichzeitig ist die bisher noch nicht bewilligte Kündigung aufgehoben worden; auch darf keine Maßregelung stattfinden. Die Bauarbeiter haben 5 $\frac{1}{2}$ Lohnzulage pro Stunde erhalten. Am Montag ist die Arbeit wieder aufgenommen worden.

In Aurich scheint es zu ersten Differenzen kommen zu sollen. Der Versuch, die Differenzen beizulegen, ist gescheitert, obwohl die beiden Bauvorständen der Maurer und Bauarbeiter, die bei den Unternehmern vorstellig wurden, sich die ernstlichste Mühe gaben, die Angelegenheit glänzend zu regeln. Die Sache muß also vorläufig ihren Gang gehen.

Auch die Unternehmer in Wismar haben die von unseren Kollegen geforderte Lohnerhöhung abgelehnt. Es muß also auch hier der Kampf entzündet. Die Unternehmer werden die Erfahrung machen, daß es besser ist, wenn man sich gegenseitig verständigt.

Mathematics Subject Classification. 60G99, 60H99, 60J99

Arbeit übergelegt hätten. Ein Kollege von Kahl teilte mit, daß bis jetzt keine Veränderung in der Ausperrung eingetreten sei. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die anwesenden Kollegen, dafür einzutreten, daß Bezug nach den genannten Orten strengstens zu meiden sei.

Seipitz. Die Leipziger Maurer nahmen in einer am 24. April im Volkshaus tagenden Versammlung nach einem Referat des Arbeitersekretärs, Genossen Zipperer, über die Krankenversicherungsverhältnisse der hangeschlossenen Arbeiter Stellung zu diesjährigen Maßnahmen. In seinen einleitenden Ausführungen zu dieser Frage führte der Vertrauensmann, Kollege Verheid, aus, daß die Maurer bis jetzt in Bezug auf die Arbeitsruhe am 1. Mai keiner anderen Gewerkschaft nachgekommen hätten; im Gegenteil, das Ergebnis der im Vorjahre ausgegebenen Kontrollkarte habe bestätigt, daß die Beteiligung der Leipziger Maurer gut gewesen sei. Dieses müsse auch in diesem Jahre so sein. Folgender Antrag wurde einstimmig angenommen: Die Versammlung möge beschließen, daß die Maurer im Seipitzer Bohngebiet den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern. — Um eine recht genaue Kontrolle darüber zu erhalten, verpflichtete die Versammlung die Mandatbegleiter, auf der Verbandsbesitzung Sammelkarte hinter jedem Kollegen einen Vermerk zu machen, woraus zu erhellen ist, wer von den Kollegen auf den einzelnen Tagen gearbeitet hat. Hierauf lebte die Versammlung noch einen Antrag eines wegen Vergehens gegen die Statuten und Versammlungsbeschlüsse ausgeschlossenen Maurers auf Wiederaufnahme in den Verband, einstimmig ab.

Neubau. Am 8. April fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, in der zunächst Kollege Pfefferkorn Bericht von der Kaufmannschaft in Berlin erstattete. Sodann wurde von der diesjährigen Frühjahrsagitation berichtet. Zu erwähnen ist besonders, daß es in der bisher bunten Ecke unseres Zweigvereinsgebietes anfängt, Licht zu werden, indem sich bei der Agitation hier Kollegen aufnehmen lassen und einer in der am Sonntag stattgefundenen Versammlung folgte, so daß jetzt sieben Kollegen in der Umgebung von Döbitz organisiert sind. Es ist uns eine Freude, dies heute mitteilen zu können, denn diesen Kollegen war, wie hier allgemein bekannt, schwer beigekommen. Ein wichtiger Punkt kam weiter zur Erledigung, indem beschlossen wurde, daß wir uns einem hier zu errichtenden Gewerkschaftslokale anschließen würden, doch soll dazu noch erst eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung einberufen werden. Nachdem noch einige innere Angelegenheiten unseres Zweigvereins geordnet waren, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Niederschauen. Noch immer können sich einige Kollegen nicht daran gewöhnen, daß es unsere Pflicht ist, in den Lokalen nicht zu verfehlen, die für unsere Versammlungen verschlossen sind. Das ist in unserem Orte die Wirtschaft von B. Wender. Am 21. Februar saßen wir den Beschlüssen, in diesem Lokale nicht zu verfehlen, aber leider finden sich doch noch Kollegen, die diesen Beschlüssen durchbrechen. Das darf auf keinen Fall geschehen. Wer uns verleugnet als Organisation, den verleugnen wir als Gäste; wer unsere Versammlungen nicht dulden will, der soll auch unser Geld nicht haben. Kollegen, handelt danach, denn wir wollen uns nicht als Menschen zweiter Klasse behandeln lassen!

Oppeln. Montag, den 23. April, sollte hier in der „Scholung“ eine öffentliche Maurerverammlung stattfinden, um zu der Lohnfrage Stellung zu nehmen. Allein wir hatten diesmal wieder die Rechnung ohne die Polizei gemacht. Raum war die Versammlung bei der Polizei angemeldet, so wurden, auch schon Nachforschungen angestellt, um die Gefinnung des Einberufers zu erkunden. Als diese festgestellt war, wurde der Wirt von der Polizei in Gemeinschaft mit den Unternehmern derart bearbeitet, daß er uns drei Stunden vor Beginn der Versammlung einen Brief schrieb, daß der Saal nicht frei wäre, sondern dort eine Theateraufführung stattfinden, was der Wirt beim Ausmachen des Lokals vergessen gehabt hätte. Eine Benachrichtigung der Kollegen von dem Ausfall der Versammlung war natürlich nicht mehr möglich. Als die Versammlungsstunde heranrückte, kamen denn auch die Kollegen in großer Zahl angetrieben. Zugleich erschien aber auch ein zahlreiches Gendarmenaufgebot mit dem Polizei-Inspizitor an der Spitze. Als nun der Einberufer den Kollegen klar machen wollte, weshalb die Versammlung nicht tagen könne, forderte der Polizei-Inspizitor die Kollegen zum sofortigen Auseinandergehen auf, da dies eine Versammlung unter freiem Himmel darstelle, eine solche dürfe er aber nicht dulden, da sie nicht angemeldet sei. In demselben Augenblick, als der Polizei-Inspizitor dies sagte, kamen aus allen Ecken und Winkeln Schulkinder auf die Kollegen zugeföhrt, um sie auseinanderzutreiben. Offenbar war es auf eine Provokation abgesehen. Die Kollegen fielen hierauf aber nicht hinein, sondern blieben ruhig und gingen friedlich ihrer Wege, so daß die Polizei auch nicht eine einzige Verhaftung vornehmen konnte. Zur Teilnahme an der Versammlung war auch der hiesige Hauswirtschaftsmacher, der Unternehmer Schmidt mit seinem Kollege Kasparek, der auch beziehungsweise Wisnack genannt wird, erschienen. Jedenfalls deshalb, um zu kontrollieren, ob auch die Versammlung von „ihren“ Leuten besucht sei. Schmidt ist der einzige hiesige Unternehmer, der es nicht für nötig hält, den erzwungenen Lohn von 26 1/2 pro Stunde auf 32 1/2 zu erhöhen. Dafür ist er aber um so eifriger darauf bedacht, „seine“ Leute dem Verdummungsverein (Nachschaltung) erhalten zu lassen, indem er ihnen die Beiträge hierfür schon im Voraus abnimmt. Jedem der bei Schmidt arbeitenden Maurer wurde bei Strafe der Entlassung verboten, die Versammlung zu besuchen.

Seitenberg. Sonntag, den 22. April, tagte hier eine Mitgliederversammlung. Den ersten Punkt der Tagesordnung erledigte der Kassierer durch Verlesen der Quartalsabrechnung. Die Einnahme der Kassakasse betrug 1348,20, die Ausgabe 1236,40, Bestand also 1111,80. Nachdem gab der Vorsitzende bekannt, daß nun fünf Unternehmer den Arbeitsvertrag durch Unterschrift anerkannt haben, nur Pentz und John sind noch festzusetzen. Beschlossen wurde, bei Pentz Montag die Arbeit einzuführen. Mit Stempel und Stempel Meuco sind Verhandlungen im Gange. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde das Verhalten

von drei Kollegen aus Gutesborn einer scharfen Kritik unterzogen, die trotz des Alkoholverbotes den Quadratmeter für 23 1/2 zogen. Es wurde ein Antrag angenommen, nach dem Kollegen, die in Alford arbeiten, aus dem Verbande ausgeschlossen werden sollen. Diese drei Kollegen sollen zur nächsten Versammlung eingeladen werden. Auf demselben Bau unterlassen die Kollegen das Wespenn. Ihnen wurde zur Pflicht gemacht, die Wespenn einzuhaken. Beschlossen wurde ferner, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. Den Kollegen wurde durch Kenntnis, daß Montag, den 23. April, der Unternehmer Pentz den Vertrag schriftlich anerkannt hat.

Triebitz. Ein sehr friedliebender Herr scheint Herr Baumeister Schenpflug in Zeulenroda zu sein. Gegen zwei um Arbeit nachsuchende Verbandskollegen äußerte er sich folgendermaßen: „Arbeit habe er viel, da wir aber zuletzt in Triebitz gearbeitet hätten, und die Kollegen in Triebitz ausgeschert seien, betrachte er uns als streikende Maurer von Triebitz, die er nicht eher einstellen könne, bis wir ihm die Versicherung über erfolgte Abmeldung vom Verband vorlegen.“ Auch fügte er hinzu: „Wenn ich Euch einstellen würde, ich den Madaubridern in Triebitz förderlich sein.“ Früher sei auch in Zeulenroda eine Zahlstelle des Maurerverbandes gewesen, aber die dortigen Maurer seien so vernünftig gewesen und hätten dem Verbande den Mäßen gefehlt. Kurz und gut, um das gute Einnehmen zwischen Gesellen und Meister nicht zu stören, wolle er keine Verbandskollegen einstellen. Die beiden Kollegen wollten sehr gern auf die Arbeit des Herren Schenpflug verzichten, aber seinen guten Rat befolgen sie doch nicht; sie wollen vielmehr fester als je zur Organisation halten. Ja, sie werden sogar so vernünftig sein, zu versuchen, auch in Zeulenroda der Organisation Eingang zu verschaffen. Aber dann wird das „gute Einnehmen“ nicht so billig zu haben sein, Herr Schenpflug!

Waldenburg i. Schlef. Donnerstag, den 19. April, tagte im hiesigen Schützenhause eine öffentliche Maurerverammlung, in der Kollege Fürke das Ergebnis der letzten Versammlung der Lohnkommission mit den Meistern bekannt gab. Es ist folgendes vereinbart worden: der Lohn beträgt vom 1. April d. J. bis 1. April 1907 38 1/2 pro Stunde und vom 1. April 1907 bis 1. April 1908 40 1/2. Für die durch Alter und Invalidität minder leistungsfähigen Gesellen, unterteilt die Höhe des Lohnes der freien Vereinbarung. Der Lohn muß Sonnabends sofort nach Schluß der Arbeit ausgezahlt werden und muß die Lohnzahlung spätestens in einer halben Stunde beendet sein, andernfalls die Zeit zu bezahlen ist. Die Arbeitszeit beträgt zehn Stunden; jedoch wird mit Rücksicht auf die vielen auswärtig wohnenden Kollegen die Arbeitszeit so eingeteilt, daß Montags und Sonnabends nur neun Stunden, die übrigen vier Tage aber zehnhalb Stunden gearbeitet werden. Überstunden sind möglichst zu vermeiden und sollen nur dann gemacht werden, wenn der Verkehr oder Menschenleben in Gefahr sind. Der Zuschlag für Überstunden und Wasserarbeit beträgt 10 1/2 pro Stunde, für Nacht- und Sonntagsarbeit 20 1/2. Rauchen auf der Baustelle und das Holen von Schnaps während der Arbeitszeit ist verboten. Ebenso ist auch das Agitieren während der Arbeitszeit und durch Dritte verboten. Dieser Vertrag wurde einstimmig angenommen. Sodann erging Kollege Köster aus Breslau das Wort und führte in einer längeren, mit großem Beifall aufgenommenen Rede den Kollegen vor Augen, daß sie während der zweijährigen Vertragsdauer den Zweigverein so ausbauen helfen müßten, daß wir in zwei Jahren einen besseren Vertrag abschließen könnten. Nachdem Kollege Fürke die anwesenden Kollegen noch ermahnt hatte, dafür zu sorgen, daß die Versammlungen besser besucht werden, schloß er mit einem Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands die Versammlung.

Wiesbaden. Am 25. April tagte hier in der „Konfordia“ eine Mitgliederversammlung, in der die Abrechnung vom ersten Quartal verlesen wurde, die in Einnahme und Ausgabe die Summe von 3180,66 für die Kassakasse ergab. Die Kassakasse hatte 4561,42 Einnahme und 1576,63 Ausgabe, so daß ein Kassensaldo von 2974,79 verbleibt. Drei verabschiedete Kollegen wurden in üblicher Weise geehrt. Zum zweiten Punkt: „Beginn der Arbeitszeit am Montag“ kam es zu einer lebhaften aber sachlichen Diskussion, die mit dem Beschluß endigte, die Arbeit des Montags vom 30. April an um 7 Uhr Morgens zu beginnen. Zum dritten Punkt hielt Arbeitersekretär, Genosse Ph. Müller, einen Vortrag über die Bedeutung der Statistik für die Arbeiter. Redner gab eine Uebersicht über die Entstehung der Statistik und erläuterte in klar verständlicher Weise die große Bedeutung der Statistik für den Arbeiterbewegung. Redner ging noch auf die vom Gauborstand in Frankfurt herausgegebenen Feststellungsarten ein und betonte, daß nicht etwa die bloße Nuzerhebung des Gauborstand dazu bestimmt hat, diese Statistik über die Ursachen der Arbeitslosigkeit aufzunehmen, sondern es sei eine Notwendigkeit, um bei Ausfällen von Lohnforderungen auf Grund dieser Statistik nachzuweisen, daß die Löhne im allgemeinen zu niedrig sind, um den notwendigen Lebensbedürfnissen zu genügen. Redner empfahl den Kollegen, diese Fragekarten gewissenhaft zu beantworten, denn nur dadurch sei die Gerechtigkeit in der Lage, diese Statistik als brauchbares Material zu benutzen. Im weiteren wurden die Kollegen aufgefordert, auf jedem Bau einen Bauvertrauensmann zu wählen. Zum Schluß wurde den Kollegen auch Herz gelegt, den 1. Mai durch

Arbeitsruhe zu feiern und an den Parteiveranstaltungen teilzunehmen.

Wilhelmshaven. Hier herrschen 3. St. recht traurige Arbeitsverhältnisse. Einige Bauten liegen vollständig still und die Kollegen können ihren Lohn nicht erhalten. Anderwärts wird wegen Steuermangels gefeiert, daher sind viele Kollegen arbeitslos. Wir haben allen Grund, anzunehmen, daß diese schlechten Zustände von den Unternehmern und Kapitalisten absichtlich herbeigeföhrt sind, um unsere Forderungen zurückzubringen. Aus diesem Grunde ermahnen wir die Kollegen allerorts, darauf zu achten, daß kein Zug nach Wilhelmshaven kommt. Es ist im Gegenteil notwendig, daß von hier Kollegen abreisen.

Zielentz. Der hiesige Zweigverein hielt am 22. April eine Mitgliederversammlung ab mit der Tagesordnung: „Wie stellen wir uns zu der Lohnfrage?“ Als Referent war Kollege Baum aus Berlin anwesend. In seinem Referat machte er den Kollegen klar, daß doch bei den jetzigen Verhältnissen ein Stundenlohn von 30 1/2 viel zu niedrig sei. Nachdem sich dann noch verschiedene Kollegen im Sinne des Referenten ausgesprochen hatten, wurde beschlossen, eine Lohnforderung an die Meister einzurichten. Gefordert wird ein Stundenlohn von 35 1/2 in der Stadt und 37 1/2 über Land und Wegfall der Kündigung. Nachdem dann der Referent noch die Kollegen aufgefordert hatte, treu zum Verband zu halten und kräftig zu agitieren, damit auch die fernstehenden Kollegen dem Verbande zugeführt werden, erfolgte Schluß der Versammlung.

Sitzung des Einigungsamtes für das Baugewerbe im rheinisch-westf. Industriegebiete am 2. April.

(Auszug aus dem Protokoll.)

Bei Punkt 3 wird dem Antrage der Schlichtungskommission gerne stattgegeben, die Gemeinden Sodingen und Böding werden dem Bohngebiet gerne zugeführt.

Zu Punkt 4. Dem in Münster abgeschlossenen Tarifvertrage wird zugestimmt und beschlossen, auch in Münster je eine Schlichtungskommission für Maurer und Baufacharbeiter und eine für Zimmerer einzusetzen.

Zu Punkt 5. Die Arbeitsordnung des Arbeitgeberverbandes wird durchgesehen und mit ausdrücklicher Zustimmung des Arbeitgeberverbandes werden folgende authentische Interpretationen zu nachstehenden Punkten gegeben:

Zu § 2 Abs. 2. Die Arbeiter sind selbstverständlich auch berechtigt, einer dem § 7 des Krankenversicherungsgesetzes entsprechenden eingeschriebenen Hilfskasse beizutreten bezw. anzugehören.

Zu § 3 Abs. 1. Zur Aufhebung des Arbeitsverhältnisses ist eine Kündigung in den im § 7 des Arbeitsvertrages aufgeführten Orten sowie in Münster nicht erforderlich.

Zu § 8 Abs. 3. Es ist nicht Materialmangel, sondern ein höherer Gewalt gemeint. Anstatt gekündigt, soll es heißen „gelöst werden“.

Zu § 5 wird festgelegt, daß er nach wie vor in liberaler Weise angewandt werden soll.

Zu § 6 Abs. 2. Die Entschädigung kann in Fällen, in denen der Arbeiter durch nicht in seiner Macht stehende Ursachen an rechtzeitiger Mittelung behindert ist, noch nachträglich angebracht werden.

Zu § 7. Die im § 7 genannte Genehmigung des Arbeitgeberverbandes setzt einen Antrag des Arbeiters voraus, so daß also keine einseitige Anordnung vorliegt.

Zu § 8. Der Satz „Lohnzahlungen finden nur an Lohntagen statt“ soll nur besagen, daß die Lohnzahlungen bei regel mäßiger Arbeit an den Lohntagen stattfinden. Bei Aufhebung des Arbeitsverhältnisses ist der Lohn wie im § 7 des Arbeitsvertrages vorgeschrieben, zu zahlen.

Zu Punkt 11. Für die Entscheidung von Streitigkeiten ist die Schlichtungskommission aufzufinden, in deren Bezirk die Arbeit ausgeführt wird, aus der die Streitigkeiten entstehen.

Eine Anzahl Beschwerden gegen Vorstehende der Schlichtungskommission wird dahin erledigt, daß diese vom Einigungsamt aufgefordert werden, sollen, unter allen Umständen für Einhaltung des Vertrages zu sorgen.

Centralrankenkasse.

(Grundlein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 22. bis 28. April sind folgende Beträge eingegangen: Von der ersten Verwaltung in Witten 600, Rommels 300, Rottorf 300, Mariendorf 250, Brandenburg a. d. S. 200, Rantow 200, Reinfeld 114,85, Dahlen 110, Münster 100, Herberg a. d. Elster 100, Stabenagen 100, Halbe 100, Stecho 100, Gurgagen 73,50, Dessau 50, Gäßrow 50, Eilenburg 23,80. Summa 3267,65.

Zufüsse erhielten: Kiel 600, München 200, Gumbach 200, Eßling 200, Ramiß 149,50, Döberan 100, Brenden 100, Heidelberg 90, Eßing 80, Hainstadt 50, Elberfeld 50. Summa 1819,50.

Mit 20. April 1906.

Karl Reih, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeitersturz, Submissionen etc.

(Die Zweigvereinsvorsitzenden werden dringend ersucht, über alle in ihrem Bezirk bekannt werdenden Unfälle, mit kurzer Aufzählung der Begleitumstände und der dazugehörigen Folgen, umgehend an den „Grundstein“ zu berichten. Ebenfalls über die aus Unfällen resultierenden Gerichtsverhandlungen, sowie über den Verlauf von Arbeitersturzbestimmungen und über Submissionsergebnisse.)

Reichenbach i. B. Sonnabend, den 14. April, führte auf der Brandbrunne J. C. Braun der Maurer Turnhändler so unglücklich ab, daß angeblich der Tod eintret. Gatten die Kollegen der Bau gleich eingestürzt, wäre dieses Unglück vielleicht vermieden worden; denn erst später das Gerüst zu bauen, hat keinen Zweck. Wägen sich die Maurer von Reichenbach das einmal ordentlich hinter die Ohren schreiben.

Königsberg i. Pr. Ein schwerer Unfall mit tödlichem Ausgang hat sich am Montag Vormittag auf dem Bauteilrain der neuen Postoffizialstr. in der Nähe der Wäse

mühle ereignet. Dort ist zu den Vorarbeiten eine größere Dampfmaschine aufgestellt, durch die die zum Unterbau erforderlichen großen Kräfte in den Boden eingeleitet werden. Während der Arbeit geriet die Dampfmaschine plötzlich ins Schwanken und stürzte zur Seite. Die bei der Maschine beschäftigten Arbeiter hatten die ihnen drohende Gefahr noch rechtzeitig bemerkt; es gelang ihnen, sich im letzten kritischen Augenblick durch einen Seitensprung in Sicherheit zu bringen. Leider stürzte der oben auf der Dampfmaschine beschäftigte Arbeiter August Klein gleichzeitig mit ihr zu Boden und kam unter ihr zu liegen, wobei ihm eine gelbe Eisenteile in den Leib drangen und schwere Verletzungen herbeiführten. Auch hatte der Abgestürzte schwere innere Schäden davongetragen. Der Unfallwagen schaffte den bedauernswerten Arbeiter, der aus Haßfurt zur Arbeit nach der Stadt gekommen war, ins städtische Krankenhaus. Bald nach der Entlassung ist der 19 Jahre alte Arbeiter seinen zahlreichen Verletzungen erlegen. Unser Königsberger Parteiblatt bemerkt zu diesem Unfall: Wir haben uns an Ort und Stelle von der Gefährlichkeit dieser Mammnarbeiten, die hier von der Firma Gailus & Anders befohlen werden, überzeugt, und wundern uns gar nicht, daß hier solch ein Unglücksfall passieren konnte. Zunächst ist die in Frage kommende Dampfmaschine so leicht gebaut, wahrscheinlich des leichteren Transportes wegen, daß sie dem auf- und abgehenden schweren Mammloß und den schweren, voll Wasser gefüllten Baumpfählen, die an der Mamma in die Höhe getrieben werden, kein stabiles Gegengewicht bildet und leicht ins Wanken gebracht werden kann. Was aber die Gefährlichkeit der Mammnarbeiten auf dem Bauteilrain der neuen Zellstofffabrik noch ganz besonders erhöht, ist der Grund und Boden, auf dem diese Arbeiten ausgeführt werden. Die Unterlagen der Mammen liegen auf weichen Wiesenböden, der jedem Druck nachgibt. Außerdem ist dieser Boden stellenweise ausgehöhlt, so daß die Unterlagen der Mamma auf den Ranten dieses weichen Bodens erst recht keine feste Stütze haben. Das über die Gefährlichkeit dieser Mammnarbeiten im allgemeinen. Inwiefern alle diese Gefahren wegen der Umstände bei dem stattgehabten Unglücksfälle im besonderen mitgespielt haben, konnten wir leider nicht feststellen. Uebigens sollen derartige Mammnarfälle so oft passieren, daß die Arbeiter schon etwas ganz Gewöhnliches darin erblicken, und es wird mehr oder weniger als ein Glücksfall angesehen, wenn sie unbeschädigt davon kommen. Es dürfte demnach angebracht sein, wenn die Polizei ihr Augenmerk einmal sehr genau darauf richten wollte, ob auch alle vorgeschriebenen und erforderlichen Unfallverhütungsvorschriften bei den Mammnarbeiten seitens der betreffenden Unternehmer zur Anwendung gebracht werden.

*** Bauteilkontrolle in Neuf.** Bei einer am 9. April vorgekommenen Bauteilkontrolle wurden im ganzen 17 Neubauten kontrolliert. An den Bauten wurden 10 Außen- bzw. stehende Gerüste gezählt. Von diesen befanden sich nur zwei in gutem Zustande, während an den übrigen Gerüsten die Verankerungen und die Schutzgerüste viel zu wünschen übrig ließen. Schutzgerüste für Dachbinder waren keine vorhanden. In einigen Fällen fanden die Leitern übereinander. In fünf Fällen waren Leitern und Gerüstholz nicht gesund oder nicht stark genug. In zwei Fällen waren die Baupfahlschrauben geschnitten, mit ihrer Last über ein Gerüstbrett von 30 cm Breite zu laufen. Auf sieben Bauten fehlte die Baubude, in sechs Fällen fehlte der Fußboden in der Bude. In sechs Fällen war die Baubude unbedeckt. In sieben Fällen lagerte Material in der Bude. Am Neubau des Unternehmers Fohsberger in der Industriestraße mußten die Arbeiter in einem alten, unbedeckten Schuppen kampieren, der obenbrein auch noch unbedeckt ist. Auf fünf Bauten war kein Abort vorhanden. In sechs Fällen waren das Dach oder die Wände des Aborts unbedeckt. In zwei Fällen konnte man von der Straße in den Abort hineinsehen. Auf sechs Bauten fehlte der Ausgang der Unfallverhütungsvorschriften. Verbandskasten war nur auf einer einzigen Baustelle vorhanden. So miserabel wie die Zustände betreffs der Gerüste, Baubuden, Aborte usw. sind, ebenso miserabel sind auch die Löhne der Bauarbeiter. Dieselben schwanken für die Maurer zwischen 40—45 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Um hierin Wandel zu schaffen, ist es unbedingt notwendig, daß sich auch die Neufser Bauarbeiter aufrufen und sich in Massen der Organisation anschließen. Nur diese wird imstande sein, hier Abhilfe zu schaffen und dafür sorgen, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse besser werden, Leben und Gesundheit der Bauarbeiter mehr als bisher geschützt wird. Darum, ihr Bauarbeiter von Neuf, hinein in die Organisation; nur Einigkeit macht stark, nur Einigkeit führt zum Sieg.

Eingegangene Schriften.

Die illustrierte Wochenchrift „In freien Stunden“ ist bis zum 16. Heft erschienen. Es enthält die Fortsetzung des Romans „Der verlorene Sohn“ und die Fortsetzung der hübschen Erzählung von H. Stifter „Die Narrenburg“, außerdem eine kleine Skizze und eine Anzahl hübscherer Notizen. Wöchentlich erscheint ein Heft für 10 $\frac{1}{2}$, das von jeder Parteibuchhandlung, von den Zeitungsträgern und Kolporturen geliefert wird. Die bereits erschienenen Hefte können nachbezogen werden.

*** Süddeutscher Postillon.** Mainnummer Nr. 9. Der Nummer ist ein hübsches Bild „Mainpostillon“ in bestem Druck als Extrabeilage beigelegt, von dem die Verlagsfirma eine kleine Anzahl auf besonders feinem Papier als Schmuck für Zimmer und Vereinslokal herstellen ließ. Preis der Nummer 10 $\frac{1}{2}$, zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen und vom Verlag W. Emig, München.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer), Heft 31 des 24. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Bringspiel zur Taktik gegenüber den gewerkschaftlichen Konkurrenzorganisationen. Von Stephan Heile.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und kostet pro Heft 25 $\frac{1}{2}$.

Der „Wahre Jacob“ hat in diesem Jahre noch eine zweite Walfestnummer herausgegeben. Wir erwähnen aus derselben die Wiedergabe eines guten Portraits Heinrich Meisters, dem ein Nachruf aus der Feder von Wilhelm Wos beigegeben ist. Die Bedeutung des 1. Mai wird gewürdigt durch das farbige Doppelbild „Schwaben auf dem Wolsberg“ von W. Banfelow, das aus 16 Seiten starken Nummer ist 10 $\frac{1}{2}$.

Briefkasten.

* Eine Anzahl Berichte mußten auch diesmal wieder zurückbleiben.

Luzernburg. Nächste Nummer. **Dachereben.** Der Bauvorstand berichtet nichts über die dortigen Differenzen, wir nehmen darum an, daß sich die Fehnhaltung jetzt noch durch nichts rechtifiziert. Ihr anderer Wunsch wird demnächst erfüllt werden.

Goldberg. Die von Ihnen verlangte Notiz können wir daraufhin noch nicht bringen. Solche Sachen berichtet man ausführlicher und legt auch den Vorstandsstempel darunter, dazu haben Sie nämlich das Ding.

Barmen, G. W. Da der Bericht weiter nichts enthält als Dementationen über schlechten Versammlungsbesuch, lehnen wir seine Aufnahme ab. Der Raum, den der Bericht beanspruchen würde, kann besser verwendet werden.

Goldh, G. D. Das Werk können Sie von uns nicht beziehen, wenden Sie sich an die Verlagsbuchhandlung von Arthur Gais in L. Ludwig, Elbf.

Münster, T. Wird in einer der nächsten Nummern abgedruckt.

Ulm. Gerichtskosten verfahren in 30 Jahren, zu ihrer Beilegung können Sporkassengerichte geschaffen werden.

Kayna, K. Solche Inserate können im „Grundstein“ nicht aufgenommen werden. Lassen Sie Ihren Dank mündlich in der Versammlung ab.

Kronach, Sch. Wenn Sie eine außerordentliche Versammlung abhalten wollen, dann geben Sie sie doch durch Handzettel bekannt; wir können solch große Inserate nicht aufnehmen.

Frankfurt a. M. Bericht von Münster i. G. war anonym eingeleitet und auf beiden Seiten beschriebene Papierkorb.

Streikabrechnungen.

Einzelmitgliedschaft Bittau.

Einnahme.	
Aus der Hauptkasse	M. 11950,—
Von den örtlichen Einnahmen d. Hauptkasse verwendet	904,16
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	702,10
Summa	M. 12556,26

Ausgabe.

Für Streikunterstützung	M. 10648,08
„ besondere Entschädigungen der Streikkommission	168,—
„ Rechtschutz und Unterstützung Inhaftierter	26,93
„ Reiseunterstützung an Streikende	172,40
„ Fortschaffung Zugereister	832,42
„ Fernhaltung des Zuganges	1098,36
„ Flugblätter und Annoncen	79,60
„ Porto und Schreibmaterial	80,47
Summa	M. 12556,26

Bittau, den 6. November 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:

Paul Preibisch, Arnold Kirsch.

Gustav Blumrich.

Für die Streikleitung:

Emil Müller, Hermann Schöne, Ernst Hänsch.

Zweigverein Ruhrort.

Einnahme.	
Aus der Hauptkasse	M. 8890,—
Von den örtlichen Einnahmen d. Hauptkasse verwendet	1345,59
Aus der Lokalkasse des Zweigvereins	218,—
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	295,—
Sonstige Einnahmen	12,40
Summa	M. 5490,99

Ausgabe.

Für Streikunterstützung	M. 3821,60
„ besondere Entschädigungen der Streikkommission	908,40
„ Reiseunterstützung	218,—
„ Reiseunterstützung an Streikende	834,—
„ Fortschaffung Zugereister	41,91
„ Fernhaltung des Zuganges	800,88
„ Flugblätter und Annoncen	22,40
„ Porto und Schreibmaterial	12,40
„ sonstige Ausgaben	36,90
Summa	M. 5490,99

Ruhrort, den 18. September 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:

Jacob Weder, Joseph Gähle.

Jacob Hartmann.

Für die Streikleitung:

Heinrich Behrend, Heinrich Durhans.

Zweigverein Straßburg.

Einnahme.	
Aus der Hauptkasse	M. 4125,—
Von den örtlichen Einnahmen d. Hauptkasse verwendet	221,01
Sonstige Einnahmen	12,76
Summa	M. 4358,76

Ausgabe.

Für Streikunterstützung	M. 3524,76
„ besondere Entschädigungen der Streikkommission	447,—
„ Reiseunterstützung an Streikende	279,60
„ Fortschaffung Zugereister	17,70
„ Fernhaltung des Zuganges	52,70
„ Flugblätter und Annoncen	8,—
„ Porto und Schreibmaterial	16,—
„ sonstige Ausgaben	16,—
Summa	M. 4358,76

Straßburg, den 9. Oktober 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:

G. Schmitt, Fr. Dubinsky, G. Haad.

Für die Streikleitung:

W. Bartel, C. Nech, C. Neisitz.

Zweigverein Trichsee.

Einnahme.

Aus der Hauptkasse	M. 480,—
Von den örtlichen Einnahmen der Hauptkasse verwendet	12,80
Aus der Lokalkasse des Zweigvereins und aus sonstigen örtlichen Fonds	8,—
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	41,70
Summa	M. 462,50

Ausgabe.

Für Streikunterstützung	M. 237,95
„ besondere Entschädigung der Streikkommission	40,40
„ Reiseunterstützung an Streikende	60,70
„ Fortschaffung Zugereister	33,50
„ Fernhaltung des Zuganges	47,40
„ Porto und Schreibmaterial	11,95
„ sonstige Ausgaben	31,20
Summa	M. 462,50

Trichsee, den 9. Juli 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:

Ernst Gimm, Bernhard Diermer.

Für die Streikleitung:

Edw. Doffe, Carl Kollmorgen.

Zweigverein Ohlau.

Einnahme.

Aus der Hauptkasse	M. 1217,90
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	61,50
Summa	M. 1279,40

Ausgabe.

Für Streikunterstützung	M. 954,20
„ besondere Entschädigungen der Streikkommission	42,—
„ Rechtschutz und Unterstützung Inhaftierter	53,10
„ Reiseunterstützung an Streikende	95,30
„ Fortschaffung Zugereister	1,60
„ Fernhaltung des Zuganges	105,30
„ Flugblätter und Annoncen	2,10
„ Porto und Schreibmaterial	12,80
„ sonstige Ausgaben	13,—
Summa	M. 1279,40

Ohlau, den 26. Oktober 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:

Carl Basto, Joseph Hoffmann, Fritz Neumann.

Für die Streikleitung:

W. Jänisch, Breslau.

Zweigverein Remscheid.

Einnahme.

Aus der Hauptkasse	M. 8185,—
Von den örtlichen Einnahmen der Hauptkasse verwendet	312,20
Aus der Lokalkasse des Zweigvereins und aus sonstigen örtlichen Fonds	12,50
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	23,10
Sonstige Einnahmen	10,10
Summa	M. 8552,90

Ausgabe.

Für Streikunterstützung	M. 2135,92
„ besondere Entschädigungen der Streikkommission	443,77
„ Rechtschutz und Unterstützung Inhaftierter	128,04
„ Reiseunterstützung	7,50
„ Reiseunterstützung an Streikende	31,25
„ Fortschaffung Zugereister	272,29
„ Fernhaltung des Zuganges	316,34
„ Flugblätter und Annoncen	48,34
„ Porto und Schreibmaterial	14,16
„ sonstige Ausgaben	106,—
Summa	M. 8552,90

Remscheid, den 19. September 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:

Anlon Heil, Adam Funk, Albert Wägel.

Für die Streikleitung:

Heinrich Palm, Heinrich Heindächer.

Zweigverein Trachenberg.

Einnahme.

Aus der Hauptkasse	M. 1950,—
Von den örtlichen Einnahmen der Hauptkasse verwendet	70,—
Summa	M. 2020,—

Ausgabe.

Für Streikunterstützung	M. 1769,40
„ besondere Entschädigungen der Streikkommission	33,—
„ Reiseunterstützung an Streikende	162,—
„ Fortschaffung Zugereister	8,10
„ Fernhaltung des Zuganges	18,90
„ Porto und Schreibmaterial	12,70
„ sonstige Ausgaben	25,60
Summa	M. 2020,—

Trachenberg, den 15. Oktober 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Streikleitung:

W. Jänisch, Breslau, Eduard Schweditz.

Streik in Waltershausen i. Th.

Einnahme.

Aus der Hauptkasse	M. 2050,—
Summa	M. 2050,—

Ausgabe.

Für Streikunterstützung	M. 1868,23
„ besondere Entschädigungen der Streikkommission	45,—
„ Fortschaffung Zugereister	8,82
„ Fernhaltung des Zuganges	2,—
„ Porto und Schreibmaterial	2,57
An die Hauptkasse zurückgeleitet	122,33
Summa	M. 2050,—

Erfurt, den 16. August 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Streikleitung:

Johann Schenk, Erfurt.

Zweigverein Neumünster (Aussperrung).

Einnahme.	
Aus der Hauptkasse	M. 6478,14
Von den drückenden Einnahmen der Hauptkasse verwendet	1081,11
Sonstige Einnahmen	48,96
Summa	M. 7608,21

Ausgabe.

Für Streifenunterstützung	M. 6848,09
„ besondere Entschädigung der Streifenkommission	151,—
„ Reiseunterstützung an Streifenbe	290,45
„ Fortschaffung Zugereister	161,70
„ Fernhaltung des Zuguges	99,80
„ Porto und Schreibmaterial	21,80
„ sonstige Ausgaben	40,87
Summa	M. 7608,21

Neumünster, den 25. November 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren: A. Gehrmann, Chr. Möller, S. Dabelstein.

Für die Streifenleitung: B. Sievers, S. Johansen, S. Müller.

Für den Vorstand: Hugo Kober.

Zweigverein Osterode in Ostpreußen.

Einnahme.	
Aus der Hauptkasse	M. 475,—
Von den drückenden Einnahmen der Hauptkasse verwendet	83,50
Summa	M. 508,50

Ausgabe.

Für Streifenunterstützung	M. 287,30
„ besondere Entschädigungen der Streifenkommission	54,—
„ Reiseunterstützung an Streifenbe	21,50
„ Fortschaffung Zugereister	85,30
„ Fernhaltung des Zuguges	45,50
„ Flugblätter und Annoncen	10,50
„ Porto und Schreibmaterial	4,40
Summa	M. 508,50

Osterode in Ostpreußen, den 9. Oktober 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren: Friedrich Gepp, Emil Dienstl.

Für die Streifenleitung: Carl Schwarz, Danzig, G. Julewski, R. Rembe.

Zweigverein Sensburg.

Einnahme.	
Aus der Hauptkasse	M. 400,—
Summa	M. 400,—

Ausgabe.

Für Streifenunterstützung	M. 176,50
„ besondere Entschädigung der Streifenkommission	19,56
„ Reiseunterstützung an Streifenbe	94,50
„ Fortschaffung Zugereister	8,—
„ Fernhaltung des Zuguges	20,—
„ Flugblätter und Annoncen	5,80
„ Porto und Schreibmaterial	1,72
An die Hauptkasse zurückgefaßt	73,92
Summa	M. 400,—

Sensburg, den 6. Oktober 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren: Carl Schwarz, Danzig, Jul. Krupp, Aug. Nifelsky.

Für die Streifenleitung: Gust. Grünheid, Franz Worchert, Gust. Erdmann.

Zweigverein Unna i. W. (Aussperrung).

Einnahme.	
Aus der Hauptkasse	M. 2475,—
Von den drückenden Einnahmen der Hauptkasse verwendet	290,12
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	29,40
Sonstige Einnahmen	17,—
Summa	M. 2811,52

Ausgabe.

Für Streifenunterstützung	M. 2219,72
„ besondere Entschädigungen der Streifenkommission	127,31
„ Rechtschutz und Unterstützung Inhabiter	36,—
„ Reiseunterstützung an Streifenbe	34,—
„ Fortschaffung Zugereister	199,30
„ Fernhaltung des Zuguges	68,60
„ Flugblätter und Annoncen	69,60
„ Porto und Schreibmaterial	39,80
„ sonstige Ausgaben	13,55
Summa	M. 2811,52

Unna, den 22. September 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren: Carl Klaus.

Zweigverein Stabe.

Einnahme.	
Aus der Hauptkasse	M. 500,—
Summa	M. 500,—

Ausgabe.

Für Streifenunterstützung	M. 327,23
„ besondere Entschädigungen der Streifenkommission	2,70
„ Reiseunterstützung an Streifenbe	33,50
„ Fortschaffung Zugereister	4,40
„ Fernhaltung des Zuguges	3,65
„ Porto und Schreibmaterial	9,40
An die Hauptkasse zurückgefaßt	906,37
Sonstige Ausgaben	12,75
Summa	M. 500,—

Stabe, den 17. Dezember 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren: Wilhelm Sebastian, W. Kork.

Zweigverein Coburg (Aussperrung).

Einnahme.	
Aus der Hauptkasse	M. 11865,—
Von den drückenden Einnahmen der Hauptkasse verwendet	888,—
Summa	M. 12253,—

Ausgabe.

Für Streifenunterstützung	M. 11150,03
„ besondere Entschädigungen der Streifenkommission	812,25
„ Rechtschutz und Unterstützung Inhabiter	101,08
„ Reiseunterstützung an Streifenbe	224,90
„ Fortschaffung Zugereister	132,30
„ Fernhaltung des Zuguges	153,28
„ Flugblätter und Annoncen	5,80
„ Porto und Schreibmaterial	82,06
„ sonstige Ausgaben	142,—
Summa	M. 12253,—

Coburg, den 14. Februar 1906.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren: Johann Schenk, Ernst. Johs. Griebel.

Für die Streifenleitung: B. Baudier, E. Baumann.

Zweigverein Ruhrort (Zahlstelle Gochelde).

Einnahme.	
Aus der Hauptkasse	M. 1460,—
Von den drückenden Einnahmen der Hauptkasse verwendet	80,—
Aus der Lokalkasse des Zweigvereins	47,50
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	81,—
Summa	M. 1668,50

Ausgabe.

Für Streifenunterstützung	M. 1274,70
„ besondere Entschädigungen der Streifenkommission	49,85
„ Rechtschutz und Unterstützung Inhabiter	21,—
„ Reiseunterstützung an Streifenbe	47,50
„ Fortschaffung Zugereister	111,60
„ Fernhaltung des Zuguges	51,30
„ Flugblätter und Annoncen	36,45
„ Porto und Schreibmaterial	4,—
„ sonstige Ausgaben	6,70
Summa	M. 1668,50

Ruhrort, den 18. September 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren: Jacob Becker, Joseph Gütke, Jacob Garfmann.

Für die Streifenleitung: Heinrich Wehrndt, Wilhelm König, Heinz Wuhns.

Anzeigen.**Sterbetafel.**

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Stelle kostet 15 A.)

Frankfurt a. M. Am 27. April starb nach langem, schweren Leiden im Alter von 39 Jahren unser treuer Kollege **Leonhard Neß** an Lungenentzündung. — Am 20. April starb unser Verbandskollege **Heinrich Maier** im Alter von 33 Jahren an Gehirnentzündung.Karlsruhe. Am 28. April starb unser treuer Kollege **Will. Hermann Kahle**, Kassierer der Zahlstelle, nach kurzem Leiden infolge Lungenentzündung im Alter von 28 Jahren.Magdeburg. Am 24. April starb unser Verbandskollege **Adam Hünze** im Alter von 60 Jahren an Hirnentzündung.Münster-Gülich. Am 22. April starb nach achtstündigem schwerem Krankenlager an Lungenentzündung der Kollege **August Tröbs** im Alter von 39 Jahren.— Am 25. April starb der Kollege **Ludwig Herold** nach 14-tägiger schwerer Erkrankung an Lungenentzündung im Alter von 30 Jahren. — Am 26. April verstarb der Kollege **Georg Malter** nach längerer Krankheit im Alter von 38 Jahren an der Prostataverkrankung.Düsseldorf. Am 26. April starb unser treues Mitglied **Karl Remus** im Alter von 28 Jahren an Lungenentzündung.Salzwedel. Am 24. April starb nach längerem Leiden unser Mitglied **Hermann Danke** im Alter von 48 Jahren an Lungenentzündung.Würzburg. Am 24. April starb zu Nimpar der Kollege **Martin Löhr** im Alter von 28 Jahren an Zuckerruhr.

Ehre ihrem Andenken!

Stendal.Erster Vorsitzender ist jetzt der Kollege **Wilhelm Badde**, Henglingerstr. 9, 1. Et. [M. 1,20] Die Verwaltung.**Oppeln.**Der Marlenverkauf und sonstige Verbandsangelegenheiten werden von **Peter Mundrick**, Weichstr. 33, part., besorgt. Briefe sind nur an diese Adresse zu richten. Dienststunden Sonntags von 11 bis 1 Uhr, Wochentags von 6 bis 8 Uhr Abends. [M. 2,10] Der Vorstand.**Wilhelmshaven.**Die Wohnung des Kassierers **W. Peters** befindet sich vom 1. Mai an in Gant, Melmsstr. 28, 1. Et. [M. 1,20]**[M. 1,20] Neugersdorf.**Der jetzige Vertrauensmann **Alwin Hoffmann** wohnt: Georgwalderstr. 46, vis-à-vis dem Café „Wettin“.**[M. 8] Allstedt.**

Sonntag, den 6. Mai 1906, Nachmittags 2 Uhr:

Erstes Stiftungsfest.

verbunden mit Konzert und Ball nach humorist. Vorträgen im Restaurant „Rechenbach“. Sämtliche Kollegen von Allstedt und Umgebung werden hierdurch freundlich eingeladen. Der Vorstand.

Perleberg.

Sonntag, den 6. Mai 1906:

Ausflug nach Prißwolk.

Sämtliche Kollegen werden freundlich eingeladen. Abreisen Morgens 8½ Uhr im Dittman'schen Bofale (früher Weismann) Prißwalderstraße. [M. 2,70] Der Vorstand.

Liegnitz.

Am 12. Mai feiert der hiesige Zweigverein im Gewerkschaftshause sein

Frühjahrsvergnügen

bestehend in Theater und Ball. Alle Kollegen von Liegnitz und Umgebung sind freundlich eingeladen. Anfang 8 Uhr. [M. 8] Das Komitee.

[M. 2,40] Düren.

Am 6. Mai feiert der hiesige Zweigverein sein

Zweites Stiftungsfest.

Alle Kollegen und Parteigenossen von Düren und Umgebung sind hierzu freundlich eingeladen. Der Vorstand.

[M. 8,80] Eisenach.

Sonntag, den 13. Mai 1906:

Gemeinsamer Ausflug.

Vormittags 9 Uhr Sammeln im Restaurant „Frankfurter Bierhalle“, Frankfurterstraße. Gemeinsamer Spaziergang über Clausberg, Rangen nach Lauchröden. Dasselbst von 4 Uhr ab Tanzfranzösischen im Restaurant „Zum Löwen“. Abends 10 Uhr Rückfahrt per Bahn.

Zu zahlreicher Beteiligung ladet ein. Der Vorstand.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, den 6. Mai.

Gransow. Nachm. 3 Uhr im Frankfurter Lokale.

Grosswig. Nachm. 3 Uhr bei Kerschmann in Schmiedeburg.

Gutzkow. Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal.

Letschn. Nachm. 3 Uhr bei Reigel.

Lychea. Nachm. 3½ Uhr bei Julius Feldner.

Ohlau. Nachm. 3 Uhr bei Schmitz.

Seesen. Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal. Wichtige Tagesordnung. Referent zur Stelle.

Wilstock. Nachm. 2 Uhr in der Herberge.

Zerbst. Nachm. 3½ Uhr im Herkulanischen Lokale.

Dienstag, den 8. Mai.

Bitterfeld. Abends 7½ Uhr im „Hofgasthofen“.

Liegnitz. Abends 6½ Uhr.

Neusalz. Generalversammlung im Vereinslokal.

Sonntag, den 12. Mai.

Schleiz. Abends 6 Uhr im Gewerkschaftshause.

Sonntag, den 13. Mai.

Kulmbach. Nachmittags 2 Uhr.

Öffentliche Bauhandwerker-Versammlung.

Sonntag, den 13. Mai.

Kronach. Vorm. 10 Uhr im „Hofgasthofen“. Wichtige Tagesordnung; Referent: Kollege Reimlein.

Zentral-Krankenkasse der Maurer u. s. w.

Sonntag, den 6. Mai.

Berlin. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshause. Z.-D.: 1. Rassen- und Revisionsbericht. 2. Vortrag des Herrn Dr. Wages über: Entlohnung und Wohnungsfrage. 3. Geschäftsbericht. Mitgliedsbeitrag festgelegt.

Nachm. 2 Uhr bei Reigel. Z.-D.: Abrechnung vom 1. Quartal und Bericht des Kassierers.

Montag, den 7. Mai.

Rixdorf. Abends 8½ Uhr bei Reigel, Wergstr. 161/162. Z.-D.: 1. Abrechnung vom 1. Quartal. 2. Ergänzungswahl. 3. Bericht des Kassierers in Rassenangelegenheiten.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.